



COP26

ZEIT ZU

HANDELN!

Klimadelegation e.V.

Klimadelegation e.V. ist eine deutsche Jugend-Klima-NGO. Als eine Stimme der jungen und zukünftigen Generationen fordern wir globale und intergenerationale Klimagerechtigkeit. Wir sind akkreditiertes Mitglied der offiziellen internationalen Jugendvertretung YOUNGO (Youth NGOs), Mitglied im Climate Action Network (CAN) Europe und in der Klima-Allianz Deutschland. Unsere Mitglieder setzen sich als zivilgesellschaftliche Beobachter:innen seit fast 10 Jahren auf den Klimakonferenzen der Vereinten Nationen für ambitionierte Klimapolitik ein. In Vorbereitung auf die Weltklimakonferenz 2021 in Glasgow (COP 26) richten wir die folgenden Ratschläge und Forderungen an Entscheidungsträger:innen, Medien und Presse, die breite Öffentlichkeit und die Klimabewegung für eine gute Zukunft der Menschheit und des Lebens auf Planet Erde.

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	5
1 Hintergrund	5
1.1 Es ist Zeit zu liefern - COP26 ist der richtige Ort dafür	5
1.2 Die EU und Deutschland müssen die Führung übernehmen!	5
1.3 Klimagerechtigkeit jetzt!	6
2 Zentrale Forderungen	7
2.1 Langfristige Ziele und Erhöhung national festgelegte Beiträge (NDC)	7
2.2 Anpassung	9
2.3 Verluste und Schäden (L&D)	11
2.4 Klimafinanzierung	12
2.5 Artikel 6	14
2.6 Aktion für Klima-Empowerment (ACE)	15
2.7 Gender	17
2.8 Lokale Gemeinschaften und indigene Völker	18
2.9 Angelegenheiten der Least Developed Countries (LDC)	18
2.10 Zugänglichkeit und Inklusivität der Klimaverhandlungen	19
2.11 Internationale Klimaprozesse nach 2021	19
Vollständige Fassung	21
1 Aktion ist dringender denn je!	21
2 Unsere Perspektive als Klimadelegation	21
3 Prinzipien für Klimagerechtigkeit	22
3.1 Die Klimakrise: Ein Problem generationsübergreifender Ungerechtigkeit	22
3.2 Keine Klimagerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit	22
3.3 Koloniale Muster und Ausbeutung beenden	23
3.4 Die Klimakrise verschärft soziale Ungerechtigkeiten innerhalb von Ländern	23
3.5 Zentrale Prinzipien als Leitlinien für die Klimapolitik	23
4 Verhandlungspunkte	25
4.1 Langfristige Ziele und Verbesserung der national festgelegten Beiträge (NDC)	25
4.2 Anpassung	29
4.3 Verluste und Schäden	31
4.4 Klimafinanzierung	33
4.5 Artikel 6	35
4.6 Action for Climate Empowerment	37
4.7 Gender	38
4.8 Lokale Gemeinschaften und indigene Völker	40
4.9 Angelegenheiten der Least Developed Countries	41
4.10 Internationale Klimaprozesse nach 2021	41
Quellenverzeichnis	44
Impressum	47

Abkürzungsverzeichnis

ACE	Aktion für Klima-Empowerment
BIPoC	Schwarze, Indigene, People of Colour
CAN	Climate Action Network
CBDRRRC	Gemeinsame, aber differenzierte Verantwortlichkeiten und entsprechende Fähigkeiten
CDM	Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung
CO ₂	Kohlendioxid
COP26	26. Konferenz der Vertragsparteien
EU	Europäische Union
FLINTA*	weiblich, lesbisch, inter, nicht-binär, trans, agender
GCF	Grüner Klimafonds
GGA	Globales Ziel zur Anpassung an den Klimawandel
THG	Treibhausgasemissionen
IPCC	Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen
L&D	Verlust und Schaden
LCIPP	Plattform für lokale Gemeinschaften und indigene Völker
LDC	Least Developed Countries
LEG	Expert:innengruppe für die am wenigsten entwickelten Länder
ME	Überwachung und Bewertung
NAP	Nationaler Anpassungsplan
NDC	Nationaler Bestimmter Beitrag
NGO	Nichtregierungsorganisation
NWP	Nairobi-Arbeitsprogramm
SCF	Spezieller Klimawandel-Fonds
SIDS	Kleine Inselentwicklungsstaaten
UNFCCC	Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
WIM	Warschauer Internationaler Mechanismus für Verluste und Schäden
YOUNGO	Nichtstaatliche Jugendorganisationen

Kurzfassung

1 Hintergrund

1.1 Es ist Zeit zu liefern - COP26 ist der richtige Ort dafür

Nach zwei Jahren wird sich die Weltgemeinschaft auf der 26. UN-Klimakonferenz der Vertragsparteien (COP26) endlich wieder versammeln. Vom 31. Oktober bis 12. November 2021 werden sich Regierungsvertreter:innen, Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und viele mehr in Glasgow **versammeln, um die globale Klimakrise zu bekämpfen.**

Klimaschutz ist dringender denn je, da die Klimakrise einen neuen Höchststand erreicht und jetzt jede Region unserer Welt bedroht. Im jüngsten Sachstandsbericht des IPCC wird geschätzt, dass **aktuelle Pfade die 1.5 °C-Grenze innerhalb der nächsten 20 Jahre erreichen oder überschreiten, wenn keine schnellen und groß angelegten Reduzierungen vorgenommen werden** (UNFCCC 2021b).

Die Klimakrise zerstört bereits heute die Lebensgrundlagen großer Bevölkerungsgruppen in Ländern des Globalen Südens. Auch der Globale Norden ist betroffen, wie sich beispielsweise in letzter Zeit in Deutschland intensiver und häufiger Überschwemmungen und Dürren zeigen. Es bleibt nur wenig Zeit, um weitere irreversible Schäden zu verhindern. Aber es ist noch nicht zu spät, wenn durch politischen Willen und sofortiges Handeln eine großflächige Reduzierung der Treibhausgasemissionen möglich wird.

Die Parteien der COP26 sind dafür verantwortlich, wichtige Fragen im Konsens zu beantworten, um einen gerechten und ganzheitlichen globalen sozio-ökologischen Übergang zu einem Pfad zu ermöglichen, der den globalen Temperaturanstieg auf 1.5 °C begrenzt und im Jahr 2050 CO₂-Neutralität erreicht. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Regierungen dieser Welt Hand in Hand mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zusammenarbeiten.

Wir fordern, dass die Unterzeichner:innen des Pariser Abkommens ihre Verpflichtungen einhalten und eine globale Erwärmung jenseits von 1.5 °C für eine klimagerechte Zukunft verhindern. „Es ist Zeit zu liefern – COP26 ist der richtige Ort dafür“ (UNFCCC 2021b).

1.2 Die EU und Deutschland müssen die Führung übernehmen!

Als deutsche Jugendklima-NGO fordern wir ausdrücklich **Rechenschaftspflicht von der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) für ihr vergangenes und aktuelles Handeln.** Wir erkennen zwar an, dass die Klimakrise gemeinsames Handeln erfordert, betonen aber, dass insbesondere Staaten mit hohen historischen Emissionen, einem hohen Wohlstandsniveau oder einem hohen Anteil der aktuellen Emissionen Solidarität zeigen müssen, indem sie einen gerechten Anteil an inländischen Klimaschutzmaßnahmen leisten sowie Maßnahmen im Ausland unterstützen. **Aus diesem Grund sind die EU und Deutschland angehalten, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.**

Bis ins erste Viertel des 20. Jahrhunderts war Europa historisch der größte Emittent Friedlingstein u. a. 2020; Ritchie 2019). Heute steht die EU-27 immer noch auf dem dritten Rang der THG-Emittenten




Friedlingstein u. a. 2020) und **Deutschland sollte seine wichtige Rolle innerhalb der EU nutzen, um eine echte Führungsrolle in Bezug auf die COP26 zu übernehmen.** Das Argument dass Deutschland ein kleiner Staat sei, der nur für 2% der weltweiten Emissionen verantwortlich sei, wird häufig vorgebracht und versucht, die tatsächliche Handlungsmacht Deutschlands beim Klimaschutz zu relativieren. Im Gegenteil, Deutschland steht als wohlhabende Industrienation weltweit auf Platz 6 der größten Treibhausgas-Emittenten, während unsere Pro-Kopf-Emissionen fast doppelt so hoch sind wie der globale Durchschnitt und sogar noch höher, wenn die Emissionen aus Importen eingerechnet werden (**Worldometer2016**) vgl. Worldometer 2016). Das heißt, **Deutschland muss endlich (wieder) Vorreiter beim Klimaschutz werden und seinen internationalen Verpflichtungen gerecht werden.**

1.3 Klimagerechtigkeit jetzt!






Die exzessiven historischen und aktuellen Treibhausgasemissionen des globalen Nordens betreffen überproportional die Länder des Globalen Südens und zukünftige Generationen. Diese Ungerechtigkeit hat ihre Wurzeln in einer kohlenstoffintensiven Produktion und Konsum. Auch die Geschichte des Kolonialismus und der Ausbeutung verpflichtet Ländern des Globalen Norden, so schnell wie möglich Verantwortung zu übernehmen, und die drastisch Emissionen zu reduzieren. Generationenübergreifende und soziale Ungerechtigkeiten (über und innerhalb von Ländern) müssen von Entscheidungsträger:innen gründlich berücksichtigt werden, damit Politiken im Hinblick auf kommende Generationen und langfristige Planungshorizonte umgesetzt werden sollten.

Wir fordern, dass generationenübergreifende und soziale Ungerechtigkeiten von Entscheidungsträger:innen umfassend berücksichtigt werden, damit Politiken im Hinblick auf kommende Generationen und langfristige Planungshorizonte umgesetzt werden. In der Erkenntnis, dass Bedrohungen durch die Klimakrise eine Folge ungleicher, kolonialer, wirtschaftlicher und sozialer Machtverhältnisse sind, erfordert eine klimagerechte Zukunft eine weitreichende Umstrukturierung von Reichtum und Macht sowie das Ende aller Herrschafts- und Diskriminierungsmechanismen und Unterdrückung. **Es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit.**

Auf dieser Grundlage fordern wir, dass Entscheidungsträger:innen die folgenden Grundsätze als Eckpfeiler ihrer Politikgestaltung und Verhandlungen betrachten:

-  **Vertretung** von Menschen, die von struktureller und intersektionaler Diskriminierung betroffen sind, durch Maßnahmen, die auf eine proportionale, faire und differenzierte Vertretung benachteiligter Gruppen abzielen¹
-  Die **Priorisierung** der Bedürfnisse und Ansprüche der am stärksten betroffenen Menschen und Gebiete (MAPA) durch die Klimakrise und durch strukturelle Ausbeutung muss bei klimabezogenen Entscheidungen Vorrang haben.
-  Klimapolitik sollte **Gerechtigkeit fördern, einschließlich Generationengerechtigkeit** und neokolonialer Ausbeutung und hierarchischen Nord-Süd-Beziehungen und Abhängigkeiten entgegenwirken.

¹z.B. FLINTA-Personen (Frauen/Frauen, Lesben, Inter, Trans, agender) sowie der LGBTQIA+ Community, BIPOC, Menschen mit Behinderungen und anderweitig benachteiligten Gruppen, Jugendlichen und zukünftigen Generationen.






-  Entscheidungen müssen im Geiste der **Solidarität** zwischen Regionen und Generationen getroffen werden.
-  Die wichtigsten umweltverschmutzenden Länder und Unternehmen müssen finanzielle und soziale Verantwortung übernehmen. Das **Verursacherprinzip und das Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung** müssen die Grundlage politischer Überlegungen bilden.
-  **Wissenschaftliche Erkenntnisse** und insbesondere die Berichte des Weltklimarates (IPCC) müssen als zentrale Entscheidungsgrundlage dienen.
-  **Verschiedene Perspektiven in die wissenschaftliche Analyse einbeziehen.** Neben westlicher Wissenschaft sollten verstärkt auch **indigenes und lokales Wissen** und diverse Wissenssysteme in das IPCC und als Entscheidungsgrundlage einbezogen werden.
-  Um mehrere komplexe Krisen zu bewältigen, sollte die Politikgestaltung einem **holistischen Ansatz folgen**, z.B. gemeinsame Betrachtung ökologischer, tierischer und menschlicher Gesundheit sowie **globale Kooperationen fördern**.

2 Zentrale Forderungen



2.1 Langfristige Ziele und Erhöhung national festgelegte Beiträge (NDC)

Kontext: Die Vertragsparteien haben sich im Rahmen der globalen Bestandsaufnahme geeinigt, auf der COP26 ihre NDCs zu erhöhen. Bislang haben viele Länder ihre NDCs nicht aktualisiert oder ihre Ziele nicht erhöht. "Daher müssen die Staaten ihre Klimabemühungen dringend verdoppeln, wenn sie verhindern wollen, dass der globale Temperaturanstieg über das Ziel des Pariser Abkommens von deutlich unter 2 °C - idealerweise 1.5 °C" (UNFCCC 2021b) reicht.





Keine leeren Ziele mehr!

-  Wir fordern, dass sich die Vertragsparteien auf eine schlüssige und transparente Definition des Begriffs "Netto-Null" und des Umfangs der Emissionsreduzierungen einigen (welche Gase, welche Sektoren, wann sie erreicht werden sollen, welcher Ansatz: Reduzierung, Entfernung oder Ausgleich).
-  Wir fordern, dass die Netto-Null-Ziele alle Sektoren und Gase umfassen sollten, insbesondere auch die externen Emissionen aus dem Luft- und Schiffsverkehr.
-  Die Vertragsparteien sollten außerdem verpflichtet werden, anzugeben, auf welcher Grundlage sie ihre langfristigen Ziele für angemessen und gerecht halten.
-  Wir fordern die Vertragsparteien auf, konkrete Schritte, Umsetzungspfade und Zwischenziele zur Erreichung von Netto-Null zu skizzieren.
-  Wir fordern die Vertragsparteien auf, dafür zu sorgen, dass die Verpflichtungen rechtsverbindlich und transparent sind sowie regelmäßig überprüft werden und mit der nationalen Politik in Einklang stehen.






Globale Bemühungen reichen noch lange nicht aus

-  Wir fordern von allen Unterzeichnern des Pariser Abkommens neue und aktualisierte NDCs, die mit der 1,5-Grenze vereinbar sind und die langfristigen Ziele erfüllen.
-  Wir fordern ehrgeizige Ziele, insbesondere von den historischen und aktuellen Großemittenten, um endlich ihrer Verantwortung gerecht zu werden.


Vollständigkeit der NDCs

-  Wir fordern, dass die NDCs klare Hinweise auf die Anpassungsbemühungen der Länder, Maßnahmen zum Aufbau von Widerstandsfähigkeit und Aktionen zur Unterstützung von Anpassung, Verlust und Schäden in Entwicklungsländern enthalten.
-  Wir fordern, dass die NDCs die Vorteile der Anpassung an den Klimawandel einbeziehen und auf die Erzielung von Finanzströmen verweisen, die mit einem Weg zu niedrigen Treibhausgasemissionen und einer klimaresistenten Entwicklung vereinbar sind.
-  Wir fordern die Vertragsparteien auf, klare Verbindungen zwischen den in den NDCs dargelegten Maßnahmen und anderen politischen Dokumenten und Strategien herzustellen.
-  Wir argumentieren auf der Grundlage von Art. 2 des Pariser Abkommens, dass die NDCs klare Hinweise darauf geben sollten, wie sie das Pariser Abkommen auf der Grundlage der Prinzipien der Gerechtigkeit und der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten und der jeweiligen Fähigkeiten (CBDRRC) umsetzen wollen.





Das EU-NDC

-  Wir fordern die EU auf, ihr NDC so anzupassen, dass es ihren fairen Anteil an den globalen Anstrengungen widerspiegelt und mit dem Grenzwert von 1,5 Grad Celsius übereinstimmt, der überdacht und begründet werden muss.
-  Wir fordern, dass alle Mitgliedsstaaten der EU das Programm für 55" in ihre nationale Politik umsetzen.
-  Wir unterstreichen, dass die EU-Emissionsreduktionspfade viel steiler sein müssen, um mit dem Prinzip der Klimagerechtigkeit vereinbar zu sein, um globale Ungleichheiten zu mildern.
-  Wir fordern die deutsche Regierung auf, ausreichende politische Maßnahmen zu ergreifen, um den Grenzwert von 1,5 Grad Celsius zu erreichen.
-  Wir fordern die deutsche Regierung auf, innerhalb der EU und für alle Emittentenländer" eine Führungsrolle zu übernehmen, insbesondere in ihrer Rolle als G7-Präsidentschaft im Jahr 2022, um einen radikalen Wandel hin zu mehr Klimaschutz voranzutreiben.




Gemeinsame Fristen für NDCs

-  Wir fordern, dass sich die Vertragsparteien auf einen einmaligen, fünfjährigen, gemeinsamen Zeitrahmen für die Umsetzung der NDCs einigen.

Globale Bestandsaufnahme (GST)

-  Wir fordern, dass überparteiliche Interessengruppen und Beobachterorganisationen in größerem Umfang am GST teilnehmen können: Sie sollten die Möglichkeit haben, Beiträge zu leisten und in die nachfolgenden Diskussionen einbezogen werden (siehe Climate Action Network 2021b).
-  Wir fordern, dass Beiträge zum GST zumindest in allen UN-Sprachen akzeptiert werden.
-  Wir fordern, dass der GST nicht nur aus quantitativen, sondern auch aus qualitativen Beiträgen, Best Practices, Lessons Learned, Erfolgsgeschichten und Lücken bestehen soll.
-  Wir fordern eine Aufstockung der finanziellen und personellen Kapazitäten des Sekretariats, um den Prozess umfassender und unterstützender zu begleiten.



Praktische Schritte zu ehrgeizigeren NDCs



-  Wir fordern, dass die Netto-Null-Ziele alle Sektoren und Gase einschließen sollten, insbesondere die externen Gase aus dem Luft- und Schiffsverkehr.
-  Wir fordern, dass alle Länder ihre Pläne für den Bau von Kohlekraftwerken sowie für neue Gaspipelines sofort aufgeben müssen.
-  Wir fordern, dass die weltweiten Kohleemissionen im Jahr 2020 ihren Höhepunkt erreichen, der weltweite Kohleinsatz bei der Stromerzeugung bis 2030 um 80 % unter das Niveau von 2010 sinken muss, alle OECD-Länder, einschließlich Deutschland, bis 2030 vollständig aus der Kohlenutzung aussteigen und alle Kohlekraftwerke bis spätestens 2040 abgeschaltet werden müssen (siehe Yanguas Parra u. a. 2019: 3).

2.2 Anpassung




Kontext: Die Notwendigkeit der Anpassung an die Klimakrise ist überall gegeben, aber lokal unterschiedlich. Das Globale Anpassungsziel (GGA) zielt darauf ab, weltweit die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, die Anfälligkeit zu verringern und die Anpassung zu gewährleisten; das Adaptation Committee legt derzeit fest, wie die Fortschritte auf dem Weg dorthin zu überwachen und zu bewerten sind (M&E). Das Nairobi-Arbeitsprogramm (NWP) zielt darauf ab, alle Länder und insbesondere die Entwicklungsländer (vor allem die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselstaaten) dabei zu unterstützen, ihr Verständnis von Auswirkungen, Anfälligkeit und Anpassung zu verbessern und fundierte Entscheidungen über praktische Anpassungsmaßnahmen zu treffen.

Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung




-  Wir unterstützen die zunehmende Bedeutung von Anpassungsmaßnahmen unter lokaler Führung und fordern, dass diese von den am stärksten gefährdeten Gemeinschaften vorangetrieben werden und die lokale Verantwortung gefördert werden müssen.
-  Wir fordern, dass Anpassungsmaßnahmen geschlechter-sensitiv, menschenrechtsbasiert und menschenzentriert sein sollten, insbesondere unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen.

-  Wir fordern mehr Diskussionen darüber, wie der Zugang zu Finanzmitteln, Kapazitäten, Technologien und Informationen auf der niedrigsten geeigneten Ebene verbessert werden kann.
-  Wir fordern, dass sich die Vertragsparteien auf konkrete Wege zur Beschleunigung der Anpassungsmaßnahmen einigen, beispielsweise durch eine Arbeitsgruppe für nationale Anpassungspläne, um einige der wichtigsten Herausforderungen zu bewältigen, mit denen staatliche und zivile Akteur:innen derzeit konfrontiert sind.




Monitoring und Evaluierung (M&E) der Fortschritte bei der Verwirklichung des Globalen Ziels für Anpassung (GGA)



-  Wir fordern, dass M&E zur Erreichung des GGA partizipatorisch, lokal geführt und mit Blick auf die am meisten gefährdeten Menschen gestaltet wird.
-  Wir fordern, dass eine größere Vielfalt an quantitativen und qualitativen Methoden eingesetzt wird, um die Auswirkungen verschiedener anpassungsfördernder Aktivitäten zu verstehen, z. B. Wissensaustausch, Informationsbeschaffung, wie Dialoge mit Interessengruppen und gezielte Umfragen bei Regierungseinrichtungen.
-  Wir sind der Meinung, dass die Fortschritte im Zusammenhang mit den aktuellen Erwartungen an die Klimakrise bewertet werden sollten, um Überschätzungen zu vermeiden.

Informierte Entscheidungen zur Anpassung durch das Nairobi-Arbeitsprogramm (NWP)

-  Wir fordern, dass Inklusivität, Zugänglichkeit und Transparenz sowohl bei der Vorbereitung als auch bei der Durchführung der NWP-Bestandsaufnahme auf der COP26 zwingend erforderlich sind.
-  Wir fordern, dass die NWP-Bestandsaufnahme von einem Einreichungsprozess begleitet wird, um Beiträge von verschiedenen Interessengruppen zu ermöglichen, die durch Leitfragen, Indikatoren und Dialoge (möglicherweise auf regionaler Ebene) mit Expert:innen und der Zivilgesellschaft im Vorfeld der SBSTA56 erleichtert werden.
-  Wir fordern die Einbeziehung von indigenem und lokalem Wissen, zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort, Partnerorganisationen und marginalisierten Gruppen wie Frauen, Kindern und Jugendlichen, damit ihr Engagement und ihre Beiträge zu den Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den Vertragsparteien im Rahmen des NWP proaktiv gefördert werden.

Menschliche Mobilität als eine Anpassungsstrategie




-  Wir fordern, dass die Vertragsparteien die menschliche Mobilität als notwendige Anpassungsstrategie anerkennen.
-  Wir fordern, dass politische Antworten, einschließlich nationaler Anpassungspläne, die verschiedenen Kontexte und Arten der menschlichen Mobilität berücksichtigen.
-  Anpassungspläne sollten den Druck auf gefährdete Bevölkerungsgruppen verringern, Vertreibungen und die Notwendigkeit einer geplanten Umsiedlung abwenden und gleichzeitig die Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften ermöglichen.

-  Wir fordern die Vertragsparteien auf, ihre Kapazitäten zur Bewältigung von Migration, Vertreibung und geplanten Umsiedlungen zu verbessern.
-  Wir fordern den Aufbau von Institutionen und Rahmenwerken, die die Kriterien für Flüchtlinge erweitern, damit betroffene Menschen einen gültigen Anspruch auf den Flüchtlingsstatus haben und die grenzüberschreitende menschliche Mobilität erleichtern.




2.3 Verluste und Schäden (L&D)

Kontext: L&D bezieht sich auf nachteilige Auswirkungen der Klimakrise, sowohl auf plötzlich auftretende Ereignisse als auch auf langsam einsetzende Prozesse. L&D ist eine Frage der Klimagerechtigkeit, denn die am stärksten betroffenen Gemeinschaften haben oft die geringsten Emissionen und auch die wenigsten Ressourcen, um ihre Widerstandsfähigkeit gegen L&D aufzubauen. Der Finanzbedarf für L&D im Globalen Süden wird auf mehrere hundert Milliarden geschätzt und steigt jährlich an (siehe Schäfer u. a. 2019: 8). Klimagerechtigkeit erfordert, dass die großen Emittenten die am meisten gefährdeten unterstützen.

Finanzielle Haftung der großen Emittenten für Schäden, die durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe verursacht werden!




-  Wir fordern, dass die wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Bedürfnisse, die sich aus L&D in den am meisten gefährdeten Ländern und Gemeinschaften ergeben, von den Vertragsparteien, insbesondere aus dem Globalen Norden, im Einklang mit dem Verursacherprinzip durch angemessene und bedarfsgerechte öffentliche Finanzierung gedeckt werden.
-  Wir fordern, dass die Mittel für L&D zusätzlich zu den bestehenden Finanzierungszusagen für die Eindämmung und Anpassung und im Verhältnis zu den eigenen historischen und laufenden Emissionen der Finanziere bereitgestellt werden müssen.
-  Wir fordern, dass die Jugend eine entscheidende Rolle in allen Diskussionen über L&D spielt, z.B. durch eine Task Force für Klimareparaturen²

Das Santiago-Netz (SNLD) muss auf der COP26 vollständig in Betrieb genommen werden!



-  Wir fordern die Parteien auf, die SNLD voll funktionsfähig zu machen, d.h. mit einem eigenen Sekretariat und eigener Finanzierung auszustatten.
-  Wir unterstützen die Vorschläge, die in dem Interessengruppen-übergreifenden Aufruf zum Handeln gemacht wurden: Vertragsparteien müssen sicherstellen, dass die SNLD ihre Aufgaben [...] auf der Grundlage der größten Herausforderungen und Lücken erfüllt, mit denen die Entwicklungsländer konfrontiert sind, einschließlich mangelnder Kapazitäten, [...] der Finanzierung und Unterstützung“ (siehe Climate Action Network 2021a).
-  Wir schlagen vor, ein jährliches technisches Expert:innentreffen zu L&D bei den intersessionalen Verhandlungen zu veranstalten.

²mehr Hintergrund dazu hier: (siehe Loss and Damage Youth Coalition 2019), da junge und zukünftige Generationen am meisten von der Klimakrise betroffen sein werden.

Stärkung des Warschauer Internationalen Mechanismus (WIM) für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht

-  Wir fordern, das Mandat des WIM, seine Bemühungen zur Förderung und zum Aufbau von Kapazitäten sowie die institutionellen Vereinbarungen zu stärken.
-  Wir fordern, dass die Vertragsparteien den Exekutivausschuss des WIM beauftragen, einen halbjährlichen Bericht über die aktuelle L&D-Finanzierungslücke zu erstellen, der die notwendige Transparenz bietet.
-  Wir fordern, dass L&D ein ständiger Tagesordnungspunkt in allen Verhandlungen wird.





Zeit, sich mit allen L&D zu befassen!

-  Wir fordern, dass nicht-finanzielle Verluste, z.B. der Verlust von Kultur und Wissen, menschlicher Tod und menschliches Leid sowie die Migration aufgrund des Klimawandels zu einem zentralen Bestandteil von L&D-Überlegungen werden müssen.
-  Wir fordern die Vertragsparteien auf, langsam einsetzende Klimaprozesse in den politischen Diskussionen stärker zu berücksichtigen, da sie für immense L&D verantwortlich sind.

2.4 Klimafinanzierung





Kontext: Die sogenannten Industrieländer versprochen, bis 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar zur Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern zu mobilisieren. Diese Zusage wurde bisher nicht eingehalten und ist weit davon entfernt, erreicht zu werden (siehe United Nations 2020: 21 ff.).

Aufstockung der Klimafinanzierung, Erreichen von \$100 Milliarden pro Jahr und mehr!





-  Wir fordern die Vertragsparteien auf, die 100 Milliarden Dollar bis zur diesjährigen COP26 endlich zu erreichen und zu überschreiten.
-  Wir fordern die deutsche Regierung auf, ihre öffentliche Klimafinanzierung auf ihren fairen Anteil von \$8 Milliarden pro Jahr zu erhöhen.
-  Wir fordern, dass die finanziellen Mittel für Minderung und Anpassung gleichmäßig verteilt werden.
-  Wir fordern eine Aufstockung der Klimafinanzierung aus zusätzlichen öffentlichen und privaten Quellen, unter Ausschluss von Krediten mit unverhältnismäßig hohen Zinssätzen.

Macht die Klimafinanzierung verlässlich, berechenbar und fair!





-  Klimafinanzierung darf die Schuldenlast, die Schwellenländer bereits heute tragen, unter keinen Umständen verschärfen.

-  Wir fordern die Vertragsparteien auf, sich auf eine globale, umfassende Definition der Klimafinanzierung zu einigen, insbesondere um sie von der so genannten Entwicklungsfinanzierung abzugrenzen³.
-  Wir fordern die Vertragsparteien auf, die Transparenz bei der Berichterstattung über die Klimafinanzierung im Hinblick auf die Zusammensetzung der bestehenden und zusätzlichen Zahlungen zu erhöhen.
-  Wir fordern die Industrieländer nachdrücklich auf, die Zuverlässigkeit und Vorhersehbarkeit der bereitgestellten Finanzmittel zu erhöhen und sicherzustellen. In diesem Zusammenhang sollte die EU umfassende Regelungen für die langfristige Klimafinanzierung entwickeln.
-  Wir fordern eine Aufstockung der Klimafinanzierung nach dem Auslaufen der derzeitigen Ziele im Jahr 2025 auf der Grundlage einer realistischen Schätzung der Kosten für Minderungs- und Anpassungsbemühungen sowie der Bewältigung von Verlusten und Schäden.

Klimafinanzierung muss der globalen Klimagerechtigkeit dienen!

-  Wir fordern, dass die Mechanismen der Klimafinanzierung gender-sensitiv sind und auf den Menschenrechten aufbauen.
-  Wir fordern, dass die Klimafinanzierung Ungleichheiten verringert und benachteiligte Bevölkerungsgruppen durch finanzielle Umverteilung auf globaler Ebene stärkt.
-  Wir fordern den Ausgleich von Klimaschulden im Sinne einer Übernutzung von Emissionen und Klimaschäden, die der Globale Norden dem Globalen Süden zufügt.
-  Wir fordern die Vertragsparteien auf, Anstrengungen zu unternehmen, um den UNFCCC-Finanzierungsmechanismus zugänglicher, inklusiver und transparenter zu machen, unter anderem durch weitere Einbeziehung von Beobachtern.







Die Klimafinanzierung durch den Privatsektor muss erhöht werden, der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen ist überfällig!

-  Wir fordern den sofortigen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und allen Aktivitäten, die mit dem neoklassischen Ressourcenabbau zusammenhängen, sowie eine Umverteilung der Finanzmittel zugunsten der Klimagerechtigkeit.
-  Wir fordern die privaten Akteur:innen wie Investmentbanken, Privatinvestoren und so genannte Entwicklungsbanken auf, ihr Klimafinanzierungsportfolio deutlich aufzustocken und in Klimaschutz und Anpassung sowie in den Umgang mit L&D zu investieren.
-  Wir fordern, dass sich die Banken gleichzeitig von fossilen Brennstoffen und von allen Aktivitäten, die mit neokolonialem Rohstoffextraktivismus zusammenhängen, trennen.
-  Private Akteur:innen müssen das interne Bewusstsein von Mitarbeitern und Führungskräften schärfen.

³Die so genannte Entwicklungsfinanzierung ist kritisch zu sehen, da durch diesen Begriff ein westlich dominiertes Modell verallgemeinert wird, das eine neokoloniale Weltordnung stärkt.

-  Wir ermutigen verwandte Einrichtungen wie den Special Climate Change Fund (SCF), den Green Climate Fund (GCF) und die Green Environment Facility (GEF), öffentlich-private Dialoge zu veranstalten, um Synergien zu erkunden.




Besser und grüner zurückkommen!

-  Wir sollten als Gesellschaften nicht einfach wieder zum „as usual“ zurückkehren, sondern besser und grüner.
-  Wir fordern von den Regierungen, dass die gesamte Finanzierung auf Klimaschutz, gerechte und grüne Übergänge ausgerichtet wird.
-  Wir drängen darauf, dass weltweit Leitlinien für einen grünen Aufschwung entwickelt werden, wobei die Länder des Globalen Nordens bei der Bereitstellung grüner Investitionen und der gerechten Umstellung von Produktion und Konsum die Führung übernehmen müssen.
-  Wir fordern, dass sich die Länder auf eine regelmäßige, transparente und langfristige Dokumentation des globalen Fortschritts des grünen Aufschwungs einigen.
-  Wir fordern, den grünen Aufschwung auf vielfältige und multilaterale Weise zu erörtern und dabei die unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten zu berücksichtigen, mit besonderem Augenmerk auf die Unterschiede zwischen den Ländern des globalen Südens und des globalen Nordens.
-  Wir fordern, dass die COP26 sich dafür einsetzt, dass alle Wiederherstellungsmaßnahmen nach der Pandemie im Einklang mit dem Pariser Abkommen stehen.









2.5 Artikel 6

Kontext: In Artikel 6 des Pariser Abkommens wird anerkannt, dass einige Vertragsparteien sich für eine freiwillige Zusammenarbeit bei der Umsetzung ihrer national festgelegten Beiträge entscheiden, um ehrgeizigere Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen zu ermöglichen und eine nachhaltige Entwicklung und Umweltintegrität zu fördern. Zu diesem Zweck werden bilaterale und multilaterale marktbasierende (Artikel 6.2 und 6.4) und nicht marktbasierende Mechanismen (Artikel 6.8) eingeführt (**UNFCCC 2015a**: 4 f.).


Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung

-  Wir fordern, dass Projekte nach Artikel 6 die Rechte der Menschen und insbesondere der indigenen Völker schützen und nicht verletzen.
-  Wir fordern die aktive Beteiligung indigener und lokaler Gemeinschaften an der Projektentwicklung.
-  Wir fordern eine ganzheitliche Planung von Projekten nach Artikel 6, die den Menschen, der biologischen Vielfalt und dem Klima zugute kommen.


Integrität der Umwelt

-  Wir fordern, dass die ökologische Integrität sichergestellt werden muss, damit Artikel 6 wesentlich zu einer Welt unter 1.5 °C beitragen kann.
-  Wir fordern, dass die folgenden Anforderungen für Vereinbarungen über bilaterale Mechanismen nach Art. 6.2 und multilaterale Mechanismen nach Art. 6.4:
 -  Keine Doppelzählung von Emissionsminderungen
 -  Kein Handel mit Einsparungen, die ohnehin erzielt worden wären
 -  Es muss vermieden werden, dass Länder ihre NDCs künstlich niedrig halten
 -  Ein reibungsloser Übergang vom Clean Development Mechanism
 -  Eine 50
-  Wir fordern, dass die Marktmechanismen insgesamt strengen Regeln unterworfen werden sollten.

Nicht-marktbasierte Mechanismen

-  Wir fordern eine spezifische nicht-marktbasierte Zusammenarbeit gemäß Artikel 6.8, um zu zusätzlicher Klimafinanzierung und insbesondere zur Anpassungsfinanzierung beizutragen. Artikel 6.8 sollte Synergien mit anderen Nachhaltigkeitszielen aktiv fördern.



Anpassungsfinanzierung durch Artikel 6.6

-  Wir fordern, dass mindestens 10 % der Erlöse aus Emissionszertifikaten, die für eine Art. 6.2 oder Art. 6.4 Projektaktivität ausgestellten Emissionsgutschriften sowie die Überschüsse aus den Verwaltungsausgaben in die Anpassungsfinanzierung fließen sollen.



2.6 Aktion für Klima-Empowerment (ACE)

Kontext: Alle Elemente der ACE (Bildung, Ausbildung, Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen, öffentliches Bewusstsein, öffentliche Beteiligung und internationale Zusammenarbeit) sind der Schlüssel für demokratische und integrative Klimaschutzmaßnahmen. Das Doha-Arbeitsprogramm (DWP) wurde kürzlich überarbeitet, weil sich die Parteien verpflichtet haben, es auf der COP26 fortzusetzen und zu verbessern.





Auf dem Weg zu einem erweiterten Arbeitsprogramm

-  Wir fordern die COP26 auf, auf der Überprüfung des DWP durch den SBI-Vorsitzenden und den Co-Facilitator aufzubauen, um den Input der Interessengruppen aufzugreifen und sich auf ein neues Programm zu einigen.
-  Wir schlagen vor, dass das neue Arbeitsprogramm einem 8-Jahres-Zeitrahmen folgt, mit einer Halbzeitüberprüfung in Übereinstimmung mit bestehenden internationalen Programmen (z.B. den SDGs und NDCs), so dass alle relevanten Informationen für die anstehenden Entscheidungen im Jahr 2030 vorhanden sein werden.

ACE in der nationalen Politik Vorrang einräumen







-  Wir fordern, dass nationale Pläne und verbindliche Ziele mit international vereinbarten Maßstäben für die Verfolgung der Umsetzung und die Berichterstattung über Fortschritte ausgestattet werden.
-  Wir fordern, dass ACE eine bereichsübergreifende Priorität in der Klimapolitik und bei den Maßnahmen darstellt, die durch nationale Mechanismen und institutionelle Koordinierung erleichtert wird.

Harmonisierung von ACE auf mehreren Ebenen

-  Wir unterstützen eine langfristige Vision, die durch kurzfristige Aktionspläne unterstrichen wird, um den Aufbau von Kapazitäten auf der Grundlage von Wissenschaft und Menschenrechten zu verändern.
-  Wir fordern, dass EU-Institutionen und -Organisationen sich bemühen, ihre Programme mit nationalen und internationalen Programmen zu harmonisieren, um eine größere Wirkung zu erzielen.
-  Wir erwarten Strategien für die Einbindung subnationaler ACE-Akteur:innen, insbesondere solcher aus gefährdeten und marginalisierten Gemeinschaften.
-  Wir fordern, dass die Jugend auf allen Ebenen der Diskussionen über ACE gestärkt wird. Ein erster Schritt könnte darin bestehen, die Ergebnisse des ACE-Jugendforums 2021 anzuerkennen.

Jugend immer integrieren





Wir fordern auf allen Ebenen des Engagements und der Diskussion um ACE, dass die Jugend bewusst einbezogen wird, weil wir zu denjenigen gehören, die "empowered" werden sollen. Wir wünschen, dass Vertragsparteien den Erfolg des ACE-Jugendforums 2021 berücksichtigen, welche zu folgenden Vorschlägen führen (ACE Youth Forum 2021):

-  ein globaler Aktionsplan für das neue Arbeitsprogramm
-  eine ACE-Arbeitsgruppe mit Expert:innen von Staaten und anderen Akteur:innen
-  ein virtueller Marktplatz für eine ausgewogene und dokumentierte Finanzierung von Projekten
-  mehr Unterstützung von nationalen ACE-Kontaktstellen, besonders für Entwicklungsländer ("Focal Points")
-  nationale ACE-Jugendkontaktstellen
-  eine globale Plattform, die von der UNFCCC betrieben wird und alle ACE-bezogenen Themen miteinander verbindet.



2.7 Gender

Kontext: Frauen⁴ Sie sind von den Folgen der Klimakrise stärker betroffen, weil sie bereits durch Ungleichheiten benachteiligt sind. Infolgedessen sind Frauen anfälliger für extreme Wetterereignisse, Hungersnöte oder andere durch die Klimakrise ausgelöste Katastrophen (Oxfam International 2005). Dies ist insbesondere im globalen Süden der Fall. Eine geschlechtersensible und intersektionale Sichtweise kommt in der aktuellen Klimapolitik noch viel zu kurz. Dabei sind vielfältige Perspektiven gerade in einer komplexen und vielschichtigen Debatte um Klimaschutz notwendig.



Nicht-männliche Geschlechter sind besonders betroffen

-  Wir fordern, dass die unterschiedliche Intensität der Verwundbarkeit, die durch das Geschlecht beeinflusst wird, ein wichtiger Faktor in den Diskussionen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise ist, insbesondere als Grundlage für Anpassungs- und L&D-Prozesse.
-  Wir fordern, dass die Geschlechterperspektive in allen Bereichen der UNFCCC-Prozesse durchgängig berücksichtigt wird und dass die Vertragsparteien sie konsequent in ihrer nationalen Klimapolitik umsetzen.
-  Wir erwarten von der EU, dass sie sich für eine geschlechtersensible Klimapolitik stark macht und dass Deutschland die EU dabei unterstützt, die Geschlechterperspektive in den Klimaprozessen sichtbar zu machen.
-  Wir erwarten, dass Deutschland diese Perspektive konsequent in die eigene Klimapolitik auf nationaler Ebene integriert und in offiziellen Dokumenten explizit verdeutlicht.

Quantitative Beteiligung nicht-männlicher Geschlechter

-  Wir fordern, dass die Zusammensetzung der an der Klimapolitik Beteiligten sowie die Orte, an denen externes Wissen genutzt wird, so geschlechterparitatisch wie möglich sein müssen.
-  Wir fordern, dass die Einbeziehung und das Engagement von Gender-Expert:innen, einschließlich Frauen und geschlechtsspezifischen Gruppen, und nationalen "gender machineries" sichergestellt werden⁵ während der Aktualisierung und Umsetzung der NDCs (vgl. WGC 2021).

Der Kampf gegen männliche Normen als Grundlage der Klimapolitik

-  Wir fordern einen stärkeren Fokus auf den Aufbau von Kapazitäten, um Wissen und Bewusstsein über die Verankerung von männlichen Normen zu schaffen.
-  Wir fordern das Sekretariat auf, aktiv in die Aufrechterhaltung von männlichen Normen einzugreifen.

⁴Disclaimer: In diesem Abschnitt, wie in fast allen anderen, beziehen wir uns auf das biologische Geschlecht und damit auf die Einteilung in männlich und weiblich. Wenn wir hier von Frauen sprechen, liegt das an der Datengrundlage. Allerdings sind alle FLINTA+-Personen von Diskriminierung und anderen genannten Benachteiligungen betroffen.

⁵Der Begriff "gender machineries" bezieht sich in der Regel auf formale Regierungsstrukturen, die mit der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und/oder der Verbesserung des Status und der Rechte von Frauen beauftragt sind.

Aufbau von Fachwissen auf geschlechtersensible Weise

- 📢 Die Gleichstellung der Geschlechter sollte als bereichsübergreifendes Element in der Klimapolitik berücksichtigt werden, zum Beispiel durch die Erhebung von nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten in Bezug auf bestimmte Sektoren, um Informationen über vorrangige Maßnahmen zu erhalten (vgl. WGC 2021). Wir fordern, dass die EU-Delegation in allen UNFCCC-Prozessen darauf hinwirkt, dass das verwendete Wissen geschlechtersensibel ist oder auf geschlechtersensiblen Daten beruht. Wo dies aufgrund fehlender Daten nicht möglich ist, erwarten wir, dass Anstrengungen unternommen werden, um diese Datenlücken so schnell wie möglich zu schließen.

Fortschritte im Rahmen des Gender-Aktionsplans der Lima-Arbeitsprogramme

- 📢 Wir fordern die Vertragsparteien nachdrücklich auf, einen klaren Beschluss oder eine Reihe von Schlussfolgerungen zu fassen, um die Fortschritte im Rahmen des Gender-Aktionsplans voranzutreiben und die in Madrid formulierten Ziele zu erreichen.
- 📢 Wir unterstützen die von der Women and Gender Constituency (vgl. WGC 2021) formulierten Forderungen.

2.8 Lokale Gemeinschaften und indigene Völker

Kontext: Lokale Gemeinschaften und indigene Völker stehen in der Klimakrise an vorderster Front. Sie gehören zu den ersten, die betroffen sind und sein werden. Wichtig ist, dass sie für die Erhaltung der Umwelt verantwortlich sind und daher Lösungen für die Klimakrise bereithalten.

- 📢 Wir fordern, dass indigenes und lokales Wissen bei allen Entscheidungsfindungen konsultiert wird und dass die Ergebnisse der jüngsten Treffen der Plattform für lokale Gemeinschaften und indigene Völker (LCIPP) von der COP26 anerkannt und begrüßt werden (UNFCCC 2021e).
- 📢 Wir fordern, dass indigene und ortsansässige Jugendliche und Frauen als aktive Partner in die Aktivitäten und Arbeitskräfte der LCIPP-Arbeitsgruppe einbezogen werden und dass sie mit Kapazitäten und Finanzmitteln ausgestattet werden.
- 📢 Wir fordern die Vertragsparteien auf, die Beiträge indigener und lokaler Gemeinschaften anzuerkennen und ihre Beteiligung an allen Entscheidungsprozessen sicherzustellen.
- 📢 Wir fordern die EU und Deutschland auf, sich nachdrücklich für die Anerkennung und Einbeziehung lokaler Gemeinschaften und indigener Völker in internationale klimapolitische Prozesse und darüber hinaus einzusetzen.

2.9 Angelegenheiten der Least Developed Countries (LDC)




Kontext: Die Vereinten Nationen begannen in den späten 1960er Jahren, den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) besondere Aufmerksamkeit zu widmen, da sie als die schwächsten Mitglieder der internationalen Gemeinschaft anerkannt wurden. Das UNFCCC erkennt die LDC in Artikel 4, Absatz 9 an. Die Expert:innengruppe für die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries Expert Group, LEG) wurde 2001 eingerichtet und hat derzeit den Auftrag, technische Beratung und

Unterstützung bei der Formulierung und Umsetzung von nationalen Anpassungsplänen (NAPs), nationalen Anpassungsaktionsprogrammen (NAPAs) und der Umsetzung des LDC-Arbeitsprogramms sowie beim Zugang zu Finanzmitteln zu leisten.

-  Wir fordern die Vertragsparteien, einschließlich der EU und Deutschlands, nachdrücklich auf, mehr Mittel für den LDC-Fonds bereitzustellen und sich auf zusätzliche Sitze für die LDC in der Expert:innengruppe für die am wenigsten entwickelten Länder (LEG) zu einigen.
-  Wir fordern eine Ausweitung des Mandats und der Mittel für die LEG.
-  Wir fordern die Bereitstellung zusätzlicher Plattformen für LDC-Vertreter, um ihre Erfahrungen und Interessen in die Entscheidungsfindung einzubringen.
-  Wir erwarten von der EU und Deutschland, dass sie die LDCs durch die genannten Maßnahmen politisch unterstützen.

2.10 Zugänglichkeit und Inklusivität der Klimaverhandlungen





Kontext: Aufgrund der aktuellen Pandemie ist die Zugänglichkeit und damit die Inklusivität der Klimaverhandlungen noch stärker als bisher bedroht, z. B. durch die Frage nach erschwinglichen Unterkünften, Visa usw. Die Präsidentschaft der COP26 versprach, die COP aller Zeiten“ zu veranstalten (Brooks 2021).

-  Wir fordern die derzeitige britische Präsidentschaft und die kommenden Präsidentschaften auf, dafür zu sorgen, dass nicht nur die Plenarsitzungen, sondern alle Verhandlungen und Nebenveranstaltungen in die UN-Sprachen übersetzt werden.
-  Wir fordern die Vertragsparteien auf, Mittel bereitzustellen, damit nicht nur die Privilegiertesten an den internationalen Klimaprozessen teilhaben können.
-  Wir fordern das UNFCCC-Sekretariat, die COP-Präsidentschaft und alle Vertragsparteien auf, dass COPs für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein müssen.




2.11 Internationale Klimaprozesse nach 2021

Kontext: Die Umsetzungsfrist des Pariser Abkommens beginnt schließlich 2022. Wir brauchen Visionen für die internationale Klimapolitik und Maßnahmen für die Zeit nach COP26.





Eine neue Vision für die internationale Klimapolitik

-  Der globale Wettlauf zur Kohlenstoffneutralität muss beispiellose Maßnahmen und Führungsstärke entfalten.
-  Im Rahmen der internationalen Prozesse müssen alle im Pariser Regelwerk eingegangenen Verpflichtungen rasch in regionale und nationale Vorschriften umgesetzt werden.
-  Die Mechanismen von z.B. Art. 6 des Pariser Abkommens und des WIM sollten genutzt werden, um die internationale Zusammenarbeit für den Klimaschutz dauerhaft zu stärken.
-  Ein verstärkter Fokus sollte auf Fragen der Klimagerechtigkeit und der angemessenen Bewältigung der durch die Klimakrise verursachten L&D sowie auf die Verbesserung der Struktur, Effizienz und Effektivität des WIM gelegt werden.

Die Rolle der COPs neu denken

-  Wir fordern die Vertragsparteien nachdrücklich auf, die Zeit zwischen den Runden der globalen Bestandsaufnahme und der Vorlage verbesserter NDCs zu nutzen, um Verpflichtungen zu überarbeiten und zu erneuern, potenzielle Lücken im Pariser Regelwerk zu ermitteln und zu schließen und sich verstärkt auf dringende und übersehene Themen zu konzentrieren.
-  Wir fordern die Vertragsparteien nachdrücklich auf, Zeit und Raum zu schaffen, um Gespräche zu fördern und Kräfte zu bündeln.
-  Wir fordern die Vertragsparteien nachdrücklich auf, im Rahmen der COPs einen zentralen Raum zu schaffen, in dem Staaten und andere Akteur:innen Best-Practice-Ansätze vorstellen und neue konkrete Zusagen und Initiativen vorlegen können.

Verstärkte und kontinuierliche Beteiligung der Jugend

-  Wir fordern, die Jugend noch direkter in die Politikgestaltung nach 2021 auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene einzubeziehen.
-  Wir fordern die Parteien auf, die Jugend von Anfang an und kontinuierlich in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, z.B. durch internationale, regionale oder nationale Beiräte zur Verbesserung der NDCs und der Umsetzungsprozesse.
-  Wir fordern die EU und die deutsche Delegation auf, eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an internationalen Klimaprozessen, aber auch auf nationaler und europäischer Ebene im Vorfeld der globalen Gespräche zu unterstützen.
-  Wir fordern von der COP26, Inklusion und Zugänglichkeit zu den Klimaverhandlungen zu erleichtern - jetzt und in Zukunft!

Vollständige Fassung

1 Aktion ist dringender denn je!

Nach zwei Jahren versammelt sich die Weltgemeinschaft endlich wieder auf der UN-Klimakonferenz (COP26). Vom 31. Oktober bis zum 12. November 2021 werden Vertreter:innen von Regierungen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und viele andere in Glasgow zusammenkommen, um die Klimakrise zu bewältigen.

Entscheidungen sind dringender denn je, da die globale Erderhitzung bereits gefährliche Ausmaße annimmt. Bei "weiter so" schätzt der Weltklimarat (IPCC 2021), dass wir die versprochene Grenze von idealerweise 1,5°C bzw. deutlich unter 2°C schon 2040 erreichen - eine existenzielle Bedrohung für jede Region der Welt. **Aber es ist nicht zu spät, wenn politischer Willen und politisches Handeln die Treibhausgasemissionen (THG) jetzt entschieden senken!**

Wissenschaftliche Erkenntnisse und betroffene Menschen auf der ganzen Welt fordern starke, schnelle und nachhaltige Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen! Vor allem junge Menschen fordern konsequentes Handeln, um ihre Chance auf ein menschenwürdiges Leben, ihre Freiheiten und Rechte zu schützen.

Die Parteien der COP26 sind verantwortlich, Konsens für gerechte und ganzheitliche Klimapolitik zu schaffen, **den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen und im Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen.** Um diese Herausforderung zu meistern, **müssen Regierungen Hand in Hand mit Beobachtergruppen arbeiten.**

2 Unsere Perspektive als Klimadelegation

Als deutsche Jugend-Klimaorganisation formulieren wir unsere Position zwangsläufig aus einer europäischen Perspektive. **Wir versuchen, vielfältige Überlegungen einzubeziehen, können aber nicht vernachlässigen, dass wir die Welt hauptsächlich durch eine westliche und weiße Linse sehen.** Im Streben nach Klimagerechtigkeit solidarisieren wir uns mit BIPOC und Gruppen aus dem Globalen Süden. **Lesen Sie daher nicht nur unsere Forderungen, sondern vor allem auch die der stärker betroffenen Gruppen und Menschen - zumal Klimagerechtigkeit ein Konzept ist, das seinen Ursprung in den Bewegungen des Globalen Südens hat.** Bei der Erstellung dieses Positionspapiers haben wir einen Konsultationsprozess mit Jugendlichen aus der ganzen Welt durchgeführt, insbesondere aus Ländern des Globalen Südens. Dieser Prozess verfolgte den Zweck so weit wie möglich sicherzustellen, dass unsere Inhalte und Positionen nicht im Widerspruch zu den Überzeugungen und Forderungen gefährdeter und marginalisierter Gruppen stehen oder ihnen schaden.

Als deutsche Jugend-Klima-Organisation erwarten wir insbesondere von der Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) Rechenschaft für ihr bisheriges und aktuelles Handeln. Während die Klimakrise kollektives Handeln erfordert, müssen insbesondere reiche Staaten mit hohen historischen und aktuellen Emissionen ihren fairen Anteil im Inland und Ausland leisten. **Wir fordern die EU und Deutschland auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden!**

Bis zum ersten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts war Europa historisch gesehen der größte Emittent (Friedlingstein u. a. 2020). Heute sind die EU-27 immer noch drittgrößte Treibhausgasemittenten (Friedrich u. a. 2020). **Deutschland sollte seine politische Macht innerhalb der EU nutzen und im Hinblick auf die COP26 eine Vorreiterrolle übernehmen.** Das bedeutet: Deutschland muss endlich (wieder) Vorbild im Klimaschutz werden.

Auf nationaler Ebene wird argumentiert, Deutschland sei eine kleine Nation, die nur 2% der globalen Emissionen verantworte, um die tatsächliche Handlungsmacht Deutschlands im Klimaschutz zu relativieren. Im Gegenteil: Als wohlhabende Industrienation steht Deutschland an sechster Stelle weltweit, während unsere Pro-Kopf-Emissionen fast doppelt so hoch sind wie der globale Durchschnitt und sogar noch höher, wenn man importierte Emissionen einbezieht (Worldometer 2016). **Deutschland muss endlich Vorreiter im Klimaschutz werden und seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen.**

3 Prinzipien für Klimagerechtigkeit

Das grundlegende Ziel der Klimadelegation e.V. in internationaler Klimapolitik ist Klimagerechtigkeit. Das Konzept der Klimagerechtigkeit beinhaltet Aspekte globaler, generationsübergreifender und sozialer Gerechtigkeit. **Aktuell verschärft die Klimakrise bestehende generationsübergreifende und soziale Ungerechtigkeiten. Wir fordern Entscheidungsträger:innen auf, dem entgegenzuwirken.**

3.1 Die Klimakrise: Ein Problem generationsübergreifender Ungerechtigkeit

Die Klimakrise zeichnet sich durch zeitliche Abhängigkeiten aus. Die Ursachen und Folgen sind über Generationen, Dekaden und Jahrhunderte getrennt. Dies gilt ebenso für die Kosten und Nutzen von Schadensvermeidung. Während seit über 250 Jahren CO₂-Emissionen in die Atmosphäre freigesetzt wurden, sind aktuell junge und zukünftige Generationen unverhältnismäßig stark von den Folgen betroffen. Darüber hinaus sind die Planungshorizonte zur Bekämpfung der Klimakrise oft länger als die Amtszeiten und teils auch Lebensdauern der Entscheidungsträger:innen angelegt. Die globale Jugend hingegen ist in Entscheidungsprozessen systematisch unterrepräsentiert. **Politikmaßnahmen sollten daher unter Berücksichtigung von zukünftigen Generationen und langfristigen Planungshorizonten umgesetzt werden.**

3.2 Keine Klimagerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit

Der Globale Norden hat unverhältnismäßig hohe historische und aktuelle Emissionen und enthält dem Globalen Süden damit deren gerechten Anteil an der Atmosphäre vor. Low-income countries im Globalen Süden haben nur 20-30% zu den kumulativen Emissionen beigetragen, aber werden laut Climate Vulnerability Monitor bis 2030 90% der Konsequenzen der Klimakrise tragen (vgl. DARA und Climate Vulnerable Forum 2012: 17 ff.). Die Bevölkerung des Globalen Nordens hingegen verursachte 70-80% der Treibhausgasemissionen seit Beginn der Industrialisierung, obwohl sie nur 20% der historischen Weltbevölkerung ausmacht. **Daher hat der Globale Norden die Verantwortungen, Emissionen früher und stärker zu reduzieren.**

3.3 Koloniale Muster und Ausbeutung beenden

Industrialisierung und CO₂-intensive Produktion und Konsum sind untrennbar mit der Geschichte der Kolonialisierung und Ausbeutung verbunden. Auch das aktuelle hohe Konsumniveau im Globalen Norden basiert weiterhin auf einer signifikanten Ausbeutung des Globalen Südens durch ungleichen Handel, einschließlich 10.1 Milliarden Tonnen Rohstoffe und 379 Milliarden Stunden enthaltener Arbeit im Jahr (Dorninger u. a. 2021). Der Wohlstand des Globalen Nordens hängt also stark von kolonialen Mustern ab: von der Aneignung atmosphärischer Gemeingüter, und der Aneignung von Ressourcen und Arbeitskräften des Globalen Südens (Hickel 2021). **Das aktuelle Handelssystem, dominiert von einer kleinen Gruppe von high-income countries, verstärkt diese Ungleichheiten im Ressourcenverbrauch pro-Kopf weiter,** durch Verlagerung von Materialien aus Ländern mit niedrigem Einkommen in Länder mit hohem Einkommen und Verlagerung der Auswirkungen in die umgekehrte Richtung. Die Verschuldung der Länder des Globalen Südens und der Bedarf an finanzieller Unterstützung sind untrennbar verbunden mit der imperialen Aneignung von Ressourcen, ungleichen Handels- und Machtverhältnissen und der Dominanz des westlichen Entwicklungsmodells (Sealey-Huggins 2017).











3.4 Die Klimakrise verschärft soziale Ungerechtigkeiten innerhalb von Ländern





Es muss auch anerkannt werden, dass es zusätzlich zu diesen sozialen Ungleichheiten zwischen den Ländern **große soziale Ungerechtigkeiten innerhalb von Ländern gibt, die durch die Klimakrise verschärft werden.** Die Klimakrise und soziale Ungleichheiten interagieren in einem „Teufelskreislauf, wobei die anfängliche Ungleichheit dazu führt, dass benachteiligte Gruppen überproportional unter den negativen Auswirkungen des Klimawandels leiden, was zu einer größeren späteren Ungleichheit führt“ (Islam u. a. 2017). **Politische Entscheidungen müssen die Zusammenhänge von Ungleichheiten aufgrund demografischer Merkmale berücksichtigen,** wie Gender, Rasse, Religion, sexuelle Orientierung, Behinderung und Alter, Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen sowie Ungleichheit bei der öffentlichen Entscheidungsfindung (politische Macht) und Zugang zu öffentlichen Ressourcen, wie öffentlich finanzierte Gesundheits-, Bildungs-, Wohnungs-, Finanzierungs- und andere Dienstleistungen.

Die Bedrohungen durch die Klimakrise sind eine Folge ungleicher, kolonialer, wirtschaftlicher und sozialer Machtverhältnisse. Dies impliziert, dass eine klimagerechte Zukunft mehr ist als die Umsetzung von klimapolitischen Maßnahmen mit Emissionsbegrenzungs- und Anpassungsmaßnahmen in technischer Hinsicht. **Um das übergeordnete Ziel der Klimagerechtigkeit zu erreichen, bedarf es eines weitreichenden Umbaus von Macht, Vermögensverteilung, Gesellschaft und Wirtschaft.** Dazu gehört das Ende aller Mechanismen der Diskriminierung und Unterdrückung. **Es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit.**

3.5 Zentrale Prinzipien als Leitlinien für die Klimapolitik

Die folgenden Prinzipien sind zentral für klimapolitische Verhandlungen auf der COP26 und darüber hinaus. **Wir fordern, dass Entscheidungsträger:innen die folgenden Grundsätze als Eckpfeiler ihrer Politikgestaltung und Verhandlungen berücksichtigen:**

-  **Vertretung:** Strukturell benachteiligte Menschen, insbesondere solche, die von multiplen Formen intersektionaler Diskriminierung betroffen sind, müssen explizit berücksichtigt werden, durch Maßnahmen zur proportionalen und gerechten Vertretung und durch ein Handeln nach differenzierten Ansprüchen benachteiligter Gruppen.
 -  **Gendergerechtigkeit** und Empowerment von FLINTA-Personen (women/female, lesbians, inter, trans, agender) sowie LGBTQIA+-Rechte sind zentral für Klimagerechtigkeit.
 -  Repräsentation von **BIPoC** (Black, Indigenous, People of Colour) und Priorisierung ihrer Rechte und Forderungen in Verhandlungen und internationalen Entscheidungsprozessen.
 -  Gleiches gilt für **Menschen mit Behinderungen und anderweitig benachteiligte Gruppen**. Informationen zu den Verhandlungen, einschließlich klimawissenschaftlicher Erkenntnisse sowie die Verhandlungsorte müssen zugänglich sein, um niemanden zurückzulassen.
 -  **Jugendvertretung** ist aufgrund der Generationenungleichheit und der überproportionalen Betroffenheit junger und zukünftiger Generationen besonders wichtig.
-  **Priorität bei Entscheidungen:** Die Bedürfnisse und Ansprüche der Menschen, die am stärksten von der Klimakrise und von struktureller Ausbeutung betroffen sind, müssen bei klimabezogenen Entscheidungen Vorrang haben. Es müssen Entscheidungen getroffen werden, um die Auswirkungen für die am stärksten betroffenen Menschen und Gebiete (MAPA, Most Affected people and Areas) zu mindern. Lösungen und Wissenssysteme aus dem Globalen Süden sollen im Mittelpunkt stehen, um der Klimakrise und Klimaungerechtigkeiten angemessen zu begegnen.
-  **Equity:** Klimapolitik sollte neokolonialer Ausbeutung und hierarchischen Nord-Süd-Beziehungen und Abhängigkeiten entgegenwirken. Finanzielle Hilfe sollte Machtungleichheiten abbauen, anstatt Dominanz zu stärken. Die Länder, die historisch mehr für die Klimakrise verantwortlich sind, müssen betroffene Länder für Verluste und Schäden (loss and damage), Minderung und Anpassung (Mitigation and Adaptation) entschädigen. Der Aspekt der Gerechtigkeit beinhaltet **Generationengerechtigkeit**. Maßnahmen und Handlungen sind heute notwendig, um eine lebenswerte Zukunft für kommende Generationen zu ermöglichen.
-  **Solidarität:** Solidarität ist besonders gefragt, weil nicht alle Menschen und Regionen gleichermaßen von der Klimakrise betroffen sind. Entscheidungen müssen solidarisch mit MAPA und in Übereinstimmung mit ihren Bedürfnissen und Forderungen getroffen werden. Solidarität muss ebenfalls generationenübergreifend sein.
-  **'Polluter Pays'-Prinzip:** Die Verantwortlichen für große Mengen an Emissionen und Degradation müssen die Kosten für die Lösungen für die von ihnen verursachten Schäden tragen. Die am meisten emittierenden Länder und Unternehmen müssen die finanzielle und soziale Verantwortung für die Minderung übernehmen, die entsprechenden Aktivitäten auslaufen lassen und die betroffenen Länder für Verluste und Schäden (loss and damage) sowie Anpassungskosten entschädigen. Regierungen müssen Unternehmen zur Rechenschaft ziehen.
-  **Gemeinsame, aber differenzierte Verantwortlichkeiten:** Die am stärksten von der Klimakrise betroffenen Länder sind am wenigsten dafür verantwortlich und verfügen oft über die geringsten Ressourcen zur Anpassung. Klimapolitik und CO₂-Kompensation sollten nicht auf Kosten der Menschen im Globalen Süden umgesetzt werden. Diejenigen mit historische und aktuell hohen Emissionen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

-  **Wissenschaftliche Fundierung und Einbeziehung nicht-westlichen Wissens:** Wissenschaftliche Erkenntnisse und insbesondere die IPCC-Berichte müssen als zentrale Entscheidungsgrundlage dienen. Bei fehlender wissenschaftlicher Gewissheit ist das Vorsorgeprinzip anzuwenden. Besteht die Gefahr schwerer Schäden für Mensch oder Umwelt, darf das Fehlen schlüssiger oder gesicherter wissenschaftlicher Beweise kein Grund zur Untätigkeit sein. Es ist wichtig, **diverse Perspektiven in wissenschaftliche Analysen und Berichte einzubeziehen**. Wissenschaftler:innen aus verschiedenen Teilen der Welt und mit unterschiedlichem Hintergrund, insbesondere aus dem Globalen Süden, müssen verstärkt vertreten sein. Dies muss insbesondere bei internationalen Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik, wie dem IPCC, der Fall sein, der derzeit überwiegend aus weißen, männlichen und westlichen Mitgliedern besteht (Mc Sweeney, 2018). Neben westlicher Wissenschaft sollten auch **indigenes und lokales ökologisches Wissen** und diverse Wissenssysteme in den IPCC einbezogen werden und als Entscheidungsgrundlage dienen. Ein positives Beispiel für eine bessere Einbeziehung diverser Wissenssysteme findet sich in der Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES).
-  **Ganzheitlicher Ansatz zur Bewältigung multipler Krisen:** Die Klimakrise, die Biodiversitätskrise, humanitäre Krisen, Gesundheitskrisen wie Pandemien, und Wirtschaftskrisen müssen ganzheitlich angegangen werden und Maßnahmen dürfen andere Krisen nicht verstärken. Um dies zu erreichen ist eine globale Kooperation und Zusammenarbeit wichtig. Aktuelle Krisenbewältigungsansätze schaffen es nicht, der vielschichtigen Krise gerecht zu werden.
-  Aufgrund der schwerwiegenden **gesundheitlichen Folgen** der Klimakrise unterstützen wir die Ansätze der „**One Health**“ und „**Planetary Health**“, die ganzheitliche Strategien zur gemeinsamen Betrachtung der Gesundheit von Mensch, Tier und Planet fördern.
 -  Da die Klimakrise eine der größten Bedrohungen für die **Biodiversität** ist, müssen Lösungen zur Bewältigung der Klimakrise die ökologischen Auswirkungen berücksichtigen. Die Probleme der sich ausweitenden Bodenversiegelung, Landnutzungskonflikte und der zunehmende Ressourcenverbrauch müssen angegangen werden.

4 Verhandlungspunkte

4.1 Langfristige Ziele und Verbesserung der national festgelegten Beiträge (NDC)

Keine leeren Ziele mehr!

Um eine Überschreitung des 1,5 °C-Grenzwertes zu verhindern, müssen die globalen anthropogenen Netto-CO₂-Emissionen bis 2030 um etwa 45% gegenüber dem Niveau von 2010 sinken und um 2050 netto Null erreichen (vgl. IPCC 2019). Wir erkennen die Zusagen für Netto-Null-Ziele weltweit an. Insgesamt haben 131 Länder Ziele für eine Netto-Null-Leistung zugesagt, die etwa 73 % der globalen Emissionen abdeckt (Hans u. a. 2021). Die Festlegung langfristiger Ziele reicht jedoch nicht aus, um auf dem schmalen, aber immer noch möglichen Weg zu bleiben, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, diese Verpflichtungen zu festigen und umzusetzen. Da für vage Ankündigungen zu viel auf dem Spiel steht, **fordern wir, dass sich die Parteien auf eine schlüssige und transparente Definition von „Netto-Null“ und des Umfangs der Emissionsreduktionen einigen** (welche Gase, welche Sektoren, welcher Ansatz: Kürzung,

Entfernung oder Aufrechnung). Wir fordern, dass die Netto-Null-Ziele alle Sektoren und Gase umfassen, insbesondere die externen aus der Luft- und Schifffahrt. **Die Parteien sollten auch aufgefordert werden anzugeben, auf welcher Grundlage sie ihre langfristigen Ziele für angemessen und gerecht halten.**

Schließlich **fordern wir die Vertragsparteien dringend auf, konkrete Schritte, Umsetzungspfade und Zwischenmeilensteine zur Erreichung von Netto-Null zu skizzieren**, insbesondere durch verbesserte und umfassende national festgelegte Beiträge⁶ (Rogelj u. a. 2021). Darüber hinaus fordern wir die Vertragsparteien auf, sicherzustellen, dass die Verpflichtungen rechtsverbindlich sind, regelmäßig überprüft und transparent sind sowie auf die nationalen Politiken abgestimmt sind.

Globale Anstrengungen reichen noch lange nicht aus!

Die kombinierten Emissionsreduktionen bis 2030 der 75 Vertragsparteien, die ihre NDCs eingereicht haben, sind derzeit nur 0,5 % niedriger als 2010 (UNFCCC 2021b). Basierend auf der aktuellen Politik werden wir mit einer Wahrscheinlichkeit von 97% die globale Erwärmungsgrenze von 2 °C überschreiten (Climate Action Tracker 2021c). Auch mit Hilfe angekündigter NDC-Versprechen und Netto-Null-Ziele werden wir diese Grenze mit einer Wahrscheinlichkeit von 78% nicht einhalten (Climate Action Tracker 2021c). Dies würde zu einem globalen Temperaturanstieg von 2.4 °C oder sogar 2.9 °C führen (Climate Action Tracker 2021a). Einige der größten Emittentenländer, beispielsweise China, haben ihre neuen oder aktualisierten NDC noch nicht eingereicht (Climate Action Tracker 2021c). Viele andere große Emittentenländer, namentlich Australien, Brasilien, Indonesien, Mexiko, Neuseeland, Russland, Singapur, die Schweiz und Vietnam, die ihre aktualisierten NDCs eingereicht haben, haben ihre Ambitionen nicht erhöht (Climate Action Tracker 2021c). Mit jedem weiteren Jahrzehnt und sogar Jahr oder Monat der Inaktivität steigen diese Herausforderungen und Kosten und werden irgendwann unüberwindbar, da Kippunkte irreversibel überschritten werden. Gleichzeitig haben 1.5 °C-kompatible Pfade viele Vorteile in Bezug auf die Vermeidung von Auswirkungen des Klimawandels sowie saubere Luft, mehr Beschäftigung im Sektor erneuerbare Energien und Zugang zu moderner Energie. Da eine Politik des „business as usual“ keine Option mehr ist, sollten insbesondere die „großen Emittentenländer“ beim Klimaschutz die Führung übernehmen, um ihren gerechten Anteil an den globalen Klimaschutzbemühungen zu leisten. **Wir fordern von allen Unterzeichnern des Pariser Abkommens neue und aktualisierte NDCs, die mit dem 1.5 °C-Grenzwert übereinstimmen und die langfristigen Ziele erfüllen. Wir fordern insbesondere, dass historische und aktuelle große Emittentenländer endlich ihrer Verantwortung und Verpflichtung im Rahmen des Pariser Abkommens nachkommen und neue und aktualisierte NDCs mit erhöhtem Ehrgeiz und Fairness bis zur COP26 vorlegen.**

Vollständigkeit der NDCs

Wir sind der festen Überzeugung, dass der Text in Artikel 3 und 4.1 des Pariser Abkommens festlegt, dass die NDCs als Hauptvehikel im Rahmen des Pariser Abkommens dem Zweck des gesamten Arti-

⁶NDCs sind nationale/regionale Klimapläne für die Zeit nach 2020, die jedes Land zur Reduzierung nationalen Emissionen und Anpassung an die Auswirkungen der Klimakrise, wie im Pariser Abkommen vereinbart Art. 4.2. Die Vertragsparteien kamen überein, ihre Ambitionen im Laufe der Zeit zu steigern, um gemeinsam die langfristigen Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen. Dieser Prozess ist Teil der Globalen Bestandsaufnahme, einem Mechanismus zur regelmäßigen Überprüfung und Bestandsaufnahme der Fortschritte bei der Verwirklichung der Klimapläne, der verbleibenden Lücken und der Möglichkeiten für verstärkte Maßnahmen ab 2023. Auf der Grundlage der Bestandsaufnahme Das Pariser Abkommen soll ab 2020 und danach alle fünf Jahre (z. B. bis 2020, 2025, 2030) regelmäßig neue und aktualisierte NDC vorlegen. Um das Gesamtziel im Laufe der Zeit zu verbessern, müssen aufeinanderfolgende NDCs eine Weiterentwicklung im Vergleich zum vorherigen NDC darstellen und dessen höchstmöglichen Ehrgeiz widerspiegeln.

kels 2 dienen (UNFCCC 2015a). Aus diesem Grund sollten NDCs auch deutliche Hinweise auf Anpassungsbemühungen der Länder, Maßnahmen zum Aufbau von Resilienz und Maßnahmen zur Unterstützung von Anpassung und Verlusten und Schäden in Entwicklungsländern geben. NDCs sollten den Nebennutzen Minderung und Anpassung beinhalten und einen Verweis auf die Erzielung von Finanzflüssen enthalten, die mit einem Weg zu niedrigen Treibhausgasemissionen und einer umgesetzten klimaresistenten Entwicklung vereinbar sind. **Es sollten klare Verbindungen zwischen den in den NDCs skizzierten Maßnahmen und anderen politischen Dokumenten und Strategien hergestellt werden.** Artikel 2 des Pariser Abkommens besagt auch, dass das Abkommen in einer Weise umgesetzt werden soll, die der Gerechtigkeit und dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten (CBDRRC) Rechnung trägt (UNFCCC 2015a). Dazu gehören klare Verweise auf diese Werte in den NDCs und ein Bekenntnis zum gerechten Anteil der Länder (Climate Action Tracker 2021b).

Die NDCs der EU

Wir kritisieren, dass Komponenten zu Anpassung und Mitigation-Adaption Co-Benefits im EU NDC bisher als „nicht zutreffend“ kategorisiert wurden (vgl. Seite 10 und 14 des EU-NDC). Darüber hinaus müssen die Fairness-Erwägungen der EU überdacht und begründet werden. Die Basis, das Klimaneutralitätsziel 2050 lediglich als global gerechten Beitrag zu bezeichnen, reicht nicht aus. Laut Climate Action Tracker (2021c): „Das Klimaengagement der EU im Jahr 2030 ist nicht vereinbar damit, die Erwärmung unter 2 °C zu halten, geschweige denn auf 1,5 °C zu begrenzen, da nach dem Pariser Abkommen erforderlich, und steht stattdessen im Einklang mit der Erwärmung zwischen 2 °C und 3 °C. Würden alle Länder dem Ansatz der EU folgen, würde die Erwärmung über 2 °C bis zu 3 °C reichen. Dies bedeutet, dass das Klimaschutzengagement der EU das am wenigsten strenge Ende dessen darstellt, was ein angemessener Anteil der weltweiten Bemühungen wäre.“ **Um höhere Klimaziele zu erreichen, sollten alle Mitgliedsstaaten der EU das Programm „fit for 55“ in ihre nationale Politik aufnehmen.** Darüber hinaus profitiert Europa als Teil des Globalen Nordens und ehemaliger Kolonisator weiterhin von neokolonialen Kontinuitäten in den Wirtschaftsstrukturen, die ein Hauptgrund für den angehäuften Reichtum sind. Da die EU historisch gesehen für einen Großteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich ist, trägt sie eine besondere Verantwortung gegenüber den Ländern des globalen Südens. **Daher müssen die Emissionsminderungspfade der EU viel steiler sein, um mit dem Prinzip der Klimagerechtigkeit vereinbar zu sein, um globale Ungleichheiten zu mildern. Deutschland sollte ausreichende Maßnahmen ergreifen, um die 1,5 °C-Grenze zu erreichen und eine Führungsrolle innerhalb der EU und für alle „großen Emittentenländer“ insbesondere in ihrer Rolle in der G7-Präsidentschaft im Jahr 2022 zu übernehmen, um einen radikalen Wandel hin zu mehr Klimaschutz.**

Gemeinsame Fristen für die Umsetzung der NDCs

Entscheidung 6/CMA.1 Absatz 2 beziehend auf Art. 6 Abs. 1 lit. 4 Absatz 10 des Pariser Abkommens stellt fest, dass die Vertragsparteien „auf ihre national festgelegten Beiträge, die ab 2031 umgesetzt werden sollen, gemeinsame Zeitrahmen anwenden“ (UNFCCC 2019: 17). Wir fordern, dass sich die Vertragsparteien auf einen einheitlichen fünfjährigen gemeinsamen Zeitrahmen für die Umsetzung der NDCs einigen. Wenn die Vertragsparteien unterschiedliche Umsetzungslogiken verfolgen, würde dies zu mangelnder Rechenschaftspflicht, mangelnder Transparenz, fehlender Vergleichbarkeit und mangelnder Wirksamkeit führen.

Die allgemeinen Ambitionserhöhungszyklen der Ambitionen des Pariser Abkommens, einschließ-

lich der globalen Bestandsaufnahme, unterliegen einem 5-Jahres-Zeitplan, daher sollten die Umsetzungszyklen diesem entsprechen. Die Begrenzung der Umsetzungsfristen von NDCs auf nationaler Ebene auf fünf Jahre ermöglicht es den Ländern auch, schneller auf wissenschaftliche Erkenntnisse und wirtschaftliche und technologische Veränderungen zu reagieren. Darüber hinaus ermöglichen gemeinsame Zeiträume von fünf Jahren ein Höchstmaß an Ehrgeiz, Rechenschaftspflicht und Vergleichbarkeit der NDCs. Sie tragen am besten dem Prinzip der zeitlichen Progression Rechnung, wie es in Art. 4 Absatz 3 (UNFCCC 2015a) darüber hinaus spüren nur fünf Jahre Zeiträume die Dringlichkeit der Klimakrise.

Die Global Bestandsaufnahme

Die erste globale Bestandsaufnahme des Pariser Abkommens (GST), die den Umsetzungsfortschritt des Pariser Abkommens bewertet, beginnt derzeit und wird 2023, rechtzeitig zur COP28, abgeschlossen (vgl. UNFCCC o. J.). Allerdings ist der bisher konzipierte Prozess nicht so offen und inklusiv, wie wir es uns wünschen. **Nicht-Regierungs-Industrien und Stakeholder sollten sich stärker beteiligen können: Sie sollten in die GST einfließen können und in die nachfolgenden Diskussionen einbezogen werden (Climate Action Network 2021b). Eingaben sollten in verschiedenen Sprachen akzeptiert werden, zumindest in den offiziellen UNFCCC-Sprachen, und Informationen zu Verlusten und Schäden sollten ausdrücklich erfragt werden. Die GST sollte nicht nur aus quantitativen, sondern auch aus qualitativen Inputs, Best Practices, gewonnenen Erkenntnissen, Erfolgsgeschichten und Lücken bestehen.** Darüber hinaus sollten die finanziellen und personellen Kapazitäten des Sekretariats erhöht werden, um den Prozess umfassender zu begleiten und stärker zu unterstützen, z.B. für Organisationen des Globalen Südens.

Praktische Schritte zu ambitionierten NDCs

Wir fordern jedes Land auf, seine Wirtschaft sowie jeden gesellschaftlichen Sektor zu dekarbonisieren. Um gravierende Klimafolgen zu vermeiden, sollten Netto-Null-Ziele alle Sektoren und Gase umfassen, insbesondere externe aus der Luft- und Schifffahrt. Darüber hinaus müssen alle Länder ihre Kohlebaupläne sowie ihre Pläne für eine neue Gaspipeline mit sofortiger Wirkung beenden. Um weiterhin einen 1,5-Grad-konformen Pfad zu erreichen, fordern wir, dass die globalen Kohleemissionen im Jahr 2020 ihren Höhepunkt erreichen, der weltweite Kohleverbrauch bei der Stromerzeugung bis 2030 um 80 % unter das Niveau von 2010 sinken muss (Ganti o.D.), alle OECD-Staaten, einschließlich Deutschland, die Kohlenutzung bis 2030 vollständig einstellen sollten, und bis spätestens 2040 alle Kohlekraftwerke stillgelegt werden (vgl. Ganti nd). Gleichzeitig ist ein schnellstmöglicher Gasanstieg unausweichlich. Um die energiebedingten CO₂-Emissionen bis 2050 um mindestens 70% gegenüber dem heutigen Stand zu senken, fordern wir eine großflächige Umstellung auf Strom aus erneuerbaren Energien, für Wärme und Verkehr sowie eine stark gesteigerte Energieeffizienz (IRENA 2019).

Darüber hinaus muss jedes Land seine Investitionen in grünen Wasserstoff und den Verkauf fossiler Brennstoffe erhöhen. Darüber hinaus sollten die Staaten ihren Plan für eine ausreichende internationale Klimafinanzierung veröffentlichen, der ein Eckpfeiler für die globale Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ist.



4.2 Anpassung

Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung

Wir unterstützen die zunehmende Betonung der **lokal geführten Anpassung**. Diese muss von den am stärksten gefährdeten Gemeinschaften vorangetrieben und lokale Führung gefördert werden. **Anpassungsmaßnahmen sollten geschlechtertransformativ, menschenrechtsbasiert und menschenzentriert sein, insbesondere unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen** (Frauen, andere Minderheitengeschlechter und Kinder) unter Berücksichtigung ihres Schutzbedarfs und ihrer sexuellen Fortpflanzung Gesundheit und Rechte. Wie Berichten zufolge von vielen Ländern, insbesondere aus dem Globalen Süden, hervorgehoben wurde, ist **mehr Diskussion darüber erforderlich, wie der Zugang zu Finanzmitteln, Kapazitäten, Technologien und Informationen auf der niedrigsten geeigneten Ebene verbessert werden kann**. Insbesondere finanzielle Unterstützung sowohl für die Planung als auch für die Umsetzung der Nationalen Anpassungspläne (NAP) bleibt kritisch und das Problem des Zugangs zu Ressourcen des Grünen Klimafonds (GCF) ist nicht durch Übergangsmaßnahmen gelöst. **Wir fordern, dass sich die Vertragsparteien auf konkrete Wege zur Beschleunigung der Anpassungsmaßnahmen einigen, zum Beispiel durch eine Task Force zu NAPs, um einige der wichtigsten Herausforderungen zu bewältigen, mit denen staatliche und zivile Akteur:innen derzeit konfrontiert sind**.

Monitoring und Evaluierung der Fortschritte im Hinblick auf das globale Anpassungsziel


Ein Überprüfungsprozess des Globalen Anpassungsziels⁷ wird Teil der ersten Global Stocktake sein, die 2022-23 stattfinden soll. Derzeit befindet sich das Anpassungskomitee⁸ in einem Dialogprozess über ein technisches Papier, das die Überwachung und Bewertung (M&E) der Fortschritte auf dem Weg zum GGA skizziert. Aus unserer Sicht sind drei Überlegungen wichtig:

-  Aufgrund seines Ziels, die Verwundbarkeit zu verringern und die Widerstandsfähigkeit zu verbessern, können echte Fortschritte in Richtung GGA nur durch die Einbeziehung der am stärksten gefährdeten Personen gemessen werden. Daher ist es **entscheidend, M&E als partizipativen Ansatz mit starkem menschenzentriertem Denken zu gestalten**. Darüber hinaus ist es entscheidend, lokal geleitete Anpassungsprinzipien zu berücksichtigen. Fortschritte bei der Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit von Menschen und Ökosystemen hängen von den lokalen Kontexten und Situationen ab. Die Verwendung von **lokalen Zielen zur Anpassung sollte alle Arbeiten an M&E zum Fortschritt in Richtung der GGA leiten**.
-  Abgesehen von der Minderung ist der Anpassungsfortschritt nicht immer leicht quantifizierbar. Die derzeit vom Anpassungsausschuss vorgeschlagenen Metriken und Parameter können dazu beitragen, einige Anpassungsdimensionen umfassend zu gestalten, bieten jedoch möglicherweise keinen ausreichenden Hintergrund, um zu erklären, warum bestimmte Fortschritte erzielt wurden (oder nicht). Es ist wichtig, Synergien hinsichtlich

⁷In Artikel 7 des Pariser Abkommens wurde ein globales Anpassungsziel (GGA) definiert, das darauf abzielt, a) die Anpassungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit zu verbessern und b) die Verwundbarkeit zu verringern, im Hinblick auf einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten; c) Sicherstellung einer angemessenen Anpassungsreaktion im Kontext des Ziels, die durchschnittliche globale Erwärmung deutlich unter 2 °C zu halten und Bemühungen zu verfolgen, sie unter 1,5 °C zu halten.





⁸Als Exekutivorgan als Teil des Cancun Adaptation Framework installiert

der vielfältigen Auswirkungen der Klimakrise auf das Erdsystem sowie Zielkonflikte von Anpassungsmaßnahmen zu verstehen. Daher, **um die tatsächlichen Auswirkungen verschiedener anpassungsfördernder Aktivitäten und Ressourcen durch regionale, nationale oder lokale Einheiten zu verstehen, muss eine größere Vielfalt quantitativer und qualitativer Methoden verwendet werden. Wir schlagen groß angelegte Prozesse des Wissensaustauschs, der Informationsbeschaffung und des Lernens über Anpassungsfortschritte vor, wie z. B. Dialoge mit Interessenvertretern und gezielte Umfragen mit Regierungsinstitutionen.**

-  Angesichts der Tatsache, dass die aktuellen Minderungsbemühungen hinter ihren Anforderungen zurückbleiben und die Systemreaktion auf die Klimakrise nur langsam entdeckt wird, kann der Fortschritt in Richtung GGA nicht nur im Hinblick auf eine Zukunft von 1.5 °C oder 2.0 °C Temperaturanstieg bewertet werden. Fortschritte bei der Anpassung hängen immer von Fortschritten bei der Eindämmung und möglichen zusätzlichen Zusatznutzen ab. Der **Fortschritt sollte daher im Kontext der aktuellen Klimakrisenerwartungen bewertet werden, um Überschätzungen zu vermeiden.**

Förderung fundierter Entscheidungen über Anpassungsmaßnahmen und -maßnahmen durch das Nairobi-Arbeitsprogramm

Im Jahr 2021 wurde das Arbeitsprogramm von Nairobi⁹ (NWP) wird derzeit einer Bestandsaufnahme unterzogen. **Wir fordern, dass dieser Prozess von einem Einreichungsprozess begleitet wird, um Inputs von verschiedenen Stakeholdern zu ermöglichen, die durch Leitfragen, Indikatoren zur Verfolgung konkreter Erfolge und Dialoge (möglicherweise regional) mit Expert:innen und der Zivilgesellschaft im Vorfeld von SBSTA56 unterstützt werden.** Wir heben hervor, dass **Inklusivität, Zugänglichkeit und Transparenz sowohl für die Vorbereitung als auch für die Durchführung der NWP-Bestandsaufnahme unerlässlich sein müssen.** Wir betonen die Notwendigkeit, ein breites Spektrum von Akteur:innen einzubeziehen, insbesondere Nutzer:innen von Wissensprodukten. Wir fordern die Einbeziehung indigener und lokaler Kenntnisse, CSOs (Civil Society Organisations) vor Ort, Partnerorganisationen und Randgruppen wie Frauen, Kinder und Jugendliche. Ihr Engagement und ihr Beitrag zu Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit Vertragsparteien durch die NWP sollten proaktiv gefördert werden. Mögliche Komponenten zur Beurteilung der Effektivität und Leistung der Bestandsaufnahme aus unserer Sicht könnten sein:

-  Wie zugänglich sind die Produkte des NWP? Wer engagiert sich im NWP? Werden die schwächsten Gemeinschaften durch die Bemühungen der NWP tatsächlich erreicht?
-  Konkret, wie und in welchem Umfang hat das NWP zum Aufbau von Wissen und Kapazitäten der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen in LDCs und SIDS beigetragen?
-  Wie trägt die NWP zur Ausarbeitung und Umsetzung von NAPs und der GGA bei?
-  Wie gut funktioniert die Zusammenarbeit zwischen NWP, AC, LEG (Least Developed Countries Expert Group) und anderen Institutionen?

⁹NWP während der COP11 beauftragt und unterstützt hauptsächlich Anpassungsmaßnahmen durch die Verbesserung des Wissenstransfers und der Interaktion zwischen Interessengruppen und Expert:innen. Laut UNFCCC (2021) „strebt das Nairobi-Arbeitsprogramm (NWP) an, alle Vertragsparteien, insbesondere die Entwicklungsländer der [kleinsten und kleinsten Inseln] dabei zu unterstützen, ihr Verständnis und ihre Bewertung von Auswirkungen, Verwundbarkeit und Anpassung zu verbessern, und fundierte Entscheidungen über praktische Anpassungsmaßnahmen und -maßnahmen zu treffen“.

Human Mobility als Anpassungsstrategie

Die Klimakrise ist eng mit verschiedenen Formen der menschlichen Mobilität wie Migration, Vertreibung und geplanter Umsiedlung verbunden. Die konkreten Mobilitätsreaktionen auf die zunehmenden Umweltstressoren sind kontextspezifisch und hängen von wirtschaftlichen, sozialen, politischen und demografischen Aspekten ab. Bewegungen sind typischerweise multikausal, was es sehr schwierig macht, die Klimakrise als Haupttreiberin für Migration zu identifizieren. Daher schwanken die Schätzungen für die Zahl der Klimamigranten stark von 25 Millionen bis etwa 1 Milliarde Migranten bis 2050 (International Organization for Migration 2014). Die wachsende Bedeutung klimabedingter menschlicher Mobilität macht gemeinsame Antworten auf Klimakrise und Migration notwendig. Im letzten Jahrzehnt hat die Bedeutung der menschlichen Mobilität im Rahmen des UNFCCC-Prozesses insbesondere in den Verhandlungen über Verluste und Schäden zugenommen, wird jedoch in Anpassungsstrategien nicht ausreichend berücksichtigt. Daher **wir fordern, dass die Parteien die menschliche Mobilität als notwendige Anpassungsstrategie anerkennen.**

Die Klimakrise wird sich auf unterschiedliche Weise auf die menschliche Mobilität auswirken. Es wird die Häufigkeit und Intensität von extremen Wetterereignissen und wetterbedingten Naturkatastrophen erhöhen, was zu einem höheren Risiko humanitärer Notfälle führt. Der steigende Meeresspiegel macht Küstengebiete und tief liegende Inseln unbewohnbar. Die negativen Auswirkungen der Klimakrise werden die Ernährungsunsicherheit erhöhen, die Wasserverfügbarkeit verringern und bereits bestehende Anfälligkeiten verschärfen. Ein stärkerer Wettbewerb um knapper werdende Ressourcen erhöht die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte und weiterer Vertreibungen (vgl. ebd.). In einigen Kontexten kann Migration eine wichtige und positive Anpassungsstrategie darstellen, die durch politische Maßnahmen unterstützt werden sollte (vgl. Internationale Organisation für Migration 2021).

Mobilität kann Leben retten, Resilienz stärken und Risiken reduzieren. In anderen Zusammenhängen macht die menschliche Mobilität die Menschen jedoch anfälliger und setzt sie neuen Risiken aus. Politische Antworten, einschließlich nationaler Anpassungspläne, sollten daher die verschiedenen Kontexte und Arten der menschlichen Mobilität berücksichtigen. **Vor allem sollten Anpassungspläne den Druck auf gefährdete Bevölkerungsgruppen verringern, Vertreibungen abzuwenden und geplante Umsiedlungen zu vermeiden.** Wenn eine geplante Umsiedlung unvermeidlich ist, sollte ihr Umfang minimiert werden und muss immer die Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften beinhalten.

Darüber hinaus müssen die Kapazitäten zur Bewältigung von Migration, Vertreibung und geplanter Umsiedlung verbessert und die menschliche Mobilität als Kernelement der Anpassungsstrategien in nationalen Anpassungsprogrammen behandelt werden. Darüber hinaus ist es wichtig, Institutionen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Kriterien für Flüchtlinge erweitern, damit betroffene Menschen einen gültigen Antrag auf Flüchtlingsstatus stellen können und die grenzüberschreitende menschliche Mobilität erleichtert wird, die Risiken und Anfälligkeiten für Migranten verringert.

4.3 Verluste und Schäden

Finanzielle Haftung der großen Emittenten für Schäden, die durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe verursacht werden!

Loss and Damage (L&D) bezieht sich auf nachteilige Auswirkungen der Klimakrise, sowohl aufgrund plötzlich einsetzender Ereignisse (wie extreme Wetterereignisse) als auch langsam einsetzender Pro-

zesse (wie steigender Meeresspiegel). L&D ist ein Thema der Klimagerechtigkeit, denn die **am stärksten betroffenen Länder und Gemeinschaften haben oft die geringsten Emissionen und auch die geringsten Ressourcen, um Widerstandsfähigkeit gegenüber den negativen Auswirkungen der Klimakrise aufzubauen**. Klimagerechtigkeit erfordert, dass große Emittenten die am stärksten Betroffenen unterstützen und die Schäden, die durch ihren Verbrauch fossiler Brennstoffe verursacht wurden, wiedergutmachen.

Kleine Inselstaaten und am wenigsten entwickelte Staaten (SIDS und LDC) haben sich für **finanzielle Haftung und Entschädigung** ausgesprochen, was von den entwickelten Ländern abgelehnt wurde. Stattdessen wurde das Santiago Network for Loss and Damage (SNLD) in Madrid unterstützt, um technische Unterstützung im Rahmen des Warschauer Internationalen Mechanismus für L&D (WIM) zu leisten, der sich bisher nur auf Forschung und Dialog konzentriert (UNFCCC o.D.(b)).

Der derzeitige Finanzbedarf für L&D im Globalen Süden wird auf Hunderte Milliarden geschätzt und wächst jährlich (Schäfer u. a. 2019: 8). Wir fordern, dass diese Bedürfnisse von den Vertragsparteien in Übereinstimmung mit dem Verursacherprinzip erfüllt werden, indem **angemessene und bedarfsgerechte öffentliche Finanzmittel für gefährdete Länder und Gemeinschaften bereitgestellt werden**. **Die Finanzierung für L&D muss zu bestehenden Finanzierungszusagen hinzuaddiert werden**, z.B. zur Minderung und Anpassung.

Jugend muss ein wesentlicher Bestandteil aller Diskussionen über L&D sein, z.B. über eine Task Force für Klimareparationen (Loss and Damage Youth Coalition 2019), da die jungen und zukünftigen Generationen am stärksten von der zunehmenden Häufigkeit und Intensität der Klimafolgen betroffen sein werden.

Das Santiago-Netzwerk muss auf der COP26 voll funktionsfähig sein!

Für die COP26 fordern wir die Parteien auf, das Santiago Framework (SNLD) vollständig zu **operationalisieren**, d. h. mit eigenem Sekretariat und eigener Finanzierung. Wir unterstützen die Forderungen und Vorschläge des Constituency-übergreifenden Aufrufs zum Handeln: **„Die Parteien müssen sicherstellen, dass die SNLD Funktionen bereitstellt, die auf den vorherrschenden Herausforderungen und Lücken basieren, mit denen Entwicklungsländer konfrontiert sind, einschließlich fehlender Kapazitäten, und Mangel an Finanzierung und Unterstützung“** (Climate Action Network 2021a). **Wir schlagen vor, ein jährliches technisches Expert:innentreffen zu L&D bei den intersektionalen Verhandlungen zu beauftragen** ähnlich dem TEM-A zum Thema Anpassung, um die Aktivitäten der SNLD zu informieren. Es sollte beauftragt werden, beim Zugang zu Finanzmitteln für LE (ex-ante und ex-post) zu helfen, insbesondere Randgruppen und Personen, die nicht über die Mittel verfügen, um formelle Ansprüche geltend zu machen (Climate Action Network 2021a).

Stärkung des Warschauer Internationalen Mechanismus für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht

Außerdem muss **das Mandat des Warschauer Internationalen Mechanismus (WIM) gestärkt werden**. **Dessen Bemühungen zur Erleichterung und zum Kapazitätsaufbau müssen verstärkt und die institutionellen Vorkehrungen verbessert werden**. **Wir fordern, dass die Vertragsparteien das Exekutivkomitee der WIM beauftragen, einen halbjährlichen Bericht über die aktuelle L&D-Finanzierungslücke zu erstellen**, der die erforderliche Transparenz bezüglich der L&D-Finanzierungslücke bieten soll. **L&D muss in allen Verhandlungsrunden zu einem permanenten Tagesordnungspunkt werden**, um sicherzustellen, dass es in Entscheidungsprozessen nicht weiterhin ins Abseits gedrängt wird.

Es wird Zeit, alle Verluste und Schäden zu adressieren!

Neben den strukturellen Aspekten muss unser Ansatz für L&D umfassender werden. **Wir fordern, dass nicht-finanzielle Verluste**, z.B. Kultur- und Wissensverlust, menschliches Sterben und Leiden sowie Migration aufgrund des Klimawandels **müssen zu einem Kernbestandteil von L&D-Überlegungen werden. Langsam einsetzende Prozesse müssen in den politischen Diskussionen stärker thematisiert werden, da sie für immense L&D verantwortlich sind.**

4.4 Klimafinanzierung

Erhöht die Klimafinanzierung, erreicht \$100 Milliarden und mehr!

Wir betonen die historische Verantwortung des Globalen Nordens, finanziell zu den Eindämmungs- und Anpassungskosten im Globalen Süden und in den am stärksten betroffenen Ländern beizutragen, ohne finanzielle Hilfe als Herrschafts- oder Unterdrückungsmechanismus einzusetzen. Aus diesem Grund **fordern wir eine verstärkte Klimafinanzierung aus zusätzlichen öffentlichen und privaten Quellen, ausgenommen Kredite mit unverhältnismäßig hohen Zinsen. Wir fordern die Vertragsparteien nachdrücklich auf, bis zur diesjährigen COP26 endlich die 100-Milliarden-Dollar-Marke zu erreichen und zu überschreiten. Laut sind die Vertragsparteien weit davon entfernt, dieses Ziel zu erreichen** (OECD 2016). **Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre öffentliche Klimafinanzierung auf ihren gerechten Anteil von \$8 Mrd. pro Jahr aufzustocken** (OECD 2016). Weiterhin ist das 100-Milliarden-Dollar-Ziel als Minimum zu berücksichtigen. Allein aufgrund der Tatsache, dass laut IPCC 2018 Summary for Policymakers für den Umbau des Energiesystems 2,4 Billionen Dollar benötigt werden (IPCC 2018). Da Anpassungskosten und schadens- und schadenausgleichende Zahlungen nicht enthalten sind, ist davon auszugehen, dass deutlich mehr Geld benötigt wird, als für die Mobilisierung vereinbart wurde. Der aktuelle Stand der Klimafinanzierung zeigt eine Finanzierungslücke bei L&D und Anpassung (United Nations Environment Programme 2021). **Wir fordern, dass die finanziellen Mittel für Minderung und Anpassung gleichermaßen ausgewogen sind.** Dies soll jedoch nicht durch eine bloße Umschichtung der finanziellen Mittel erreicht werden, sondern durch zusätzliche öffentliche und private Mittel. Finanzielle Ressourcen könnten durch Steuern auf umweltschädliche Güter oder durch die Beendigung der Subventionen für fossile Brennstoffe generiert werden und die Einnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise, Anpassung und LE verwendet werden.

Klimafinanzierung verlässlich, berechenbar und fair gestalten!

Diese **finanziellen Maßnahmen dürfen unter keinen Umständen die Schuldenlast, die Schwellenländer heute schon tragen, noch verstärken. Verlässlichkeit und Vorhersehbarkeit bei der Finanzierung durch Industrieländer muss gewährleistet sein:** Transparente Informationen über die Höhe der Förderung (PA Art 9.5) durch Industrieländer und unkomplizierte Beantragung von Fördermitteln sind wichtig (PA Art 9.7) (UNFCCC 2015a: 8). Daher **fordern wir, dass die EU Regeln für die langfristige Klimafinanzierung entwickelt.**

Um ein Klimafinanzierungssystem effektiv zu etablieren, ist darüber hinaus **eine weltweit vereinbarte Definition von Klimafinanzierung notwendig, insbesondere zur Abgrenzung von der sogenannten Entwicklungsfinanzierung¹⁰. Die Transparenz bei der Berichterstattung zur Klimafinanzierung muss hinsichtlich der Zusammensetzung bestehender und zusätzlicher Zahlungen erhöht werden.**

¹⁰Die sogenannte Entwicklungsfinanzierung ist kritisch zu sehen, da durch mit diesem Begriff wird ein vom Westen dominiertes Modell verallgemeinert, das eine neokoloniale Weltordnung stärkt.

Darüber hinaus fordern wir eine Erhöhung der Klimafinanzierung nach dem Auslaufen der aktuellen Ziele im Jahr 2025, basierend auf einer realistischen Schätzung der Kosten für Minderungs- und Anpassungsbemühungen sowie die Adressierung von Verlusten und Schäden.

Klimafinanzierung muss der globalen Klimagerechtigkeit dienen!

Die Klimafinanzierung muss der globalen Klimagerechtigkeit dienen, die Gleichstellung fördern und jede Art von Diskriminierung beseitigen. Dazu gehört auch, keine Großkonzerne zu unterstützen, die die koloniale Ausbeutung von Natur und Menschen reproduzieren. Stattdessen sollte **Klimafinanzierung dazu beitragen, Ungleichheiten abzubauen und benachteiligte Bevölkerungsgruppen durch finanzielle Umverteilung auf globaler Ebene zu stärken**. Beispielsweise sollte die bilaterale Finanzierung der Energiewende in Ländern des globalen Südens auf dem Ziel basieren, diese Länder zu emanzipieren auf ihrem Weg zu einer kohlenstoffarmen Entwicklung. Europa trägt aufgrund seiner Kolonial- und Wirtschaftsgeschichte eine besondere Verantwortung, die unseres Erachtens noch zu wenig beachtet wird. Zudem müssen sogenannte **Klimaschulden im Sinne einer Übernutzung von Emissionen und Klimaschäden durch den Globalen Norden an den Globalen Süden ausgeglichen werden**.

Die Klimafinanzierungsmechanismen sollten geschlechtergerecht und menschenrechtsbasiert sein. Das heißt, sie sollten zur Armutsbekämpfung und zur Stärkung von Frauen und Minderheiten beitragen. **Wir fordern die Parteien auf, Anstrengungen zu unternehmen, um den UNFCCC-Finanzmechanismus zugänglicher, integrativer und transparenter zu machen, auch durch die Förderung des Engagements mit Beobachter:innen** wie zum Beispiel beim jährlichen Forum des SCF (dem einzigen Forum eines Finanzmechanismus.) gemäß der Konvention, die Interessenträger auf allen Ebenen einbezieht), sowie den Austausch von mehr Dokumenten mit den Beobachter:innenn und lässt ihnen mehr Zeit und Raum, um schriftliche Beiträge zu leisten.

Die Klimafinanzierung des privaten Sektors muss aufgestockt werden, Divestment von fossilen Brennstoffen ist überfällig!

Darüber hinaus fordern wir **von privaten Akteur:innen** wie Investmentbanken und anderen privaten Investoren sowie sogenannten Entwicklungsbanken, **dass sie ihr Klimafinanzierungsportfolio deutlich aufstocken und auch in die Abmilderung und Anpassung an die Klimakrise investieren wie im Umgang mit Verlusten und Schäden**.

Wir fordern auch, dass Banken sich gleichzeitig von fossilen Brennstoffen und jeglichen Aktivitäten, die sich mit neokolonialen Extraktivismus von Ressourcen befassen, einschließlich Metallen und Mineralien trennen und stattdessen eine gerechte und faire Energiewende unterstützen. **Private Akteur:innen müssen durch Klimabildung für Mitarbeiter:innen intern sensibilisieren**. **Wir ermutigen verwandte Gremien wie den SCF, GCF, GEF, öffentlich-private Dialoge mit privaten Finanzakteur:innen zu veranstalten, um Synergien zu erkunden**. **Wir fordern ein sofortiges Ende der Investitionen in fossile Brennstoffe und eine Umverteilung der Mittel zugunsten klimafreundlicher Investitionen**.

Besser und Grüner zurückkommen

Ein letzter wichtiger Punkt für die Klimafinanzierung ist die Finanzierung einer gerechten und grünen Erholung von der Pandemie. So zerstörerisch und schädlich COVID-19 für viele Menschen und Länder auf der ganzen Welt war, kann die Pandemie als Moment der Störung auch als möglicher Wendepunkt

für eine grünere und nachhaltigere Zukunft angesehen werden. **Wir als Gesellschaften sollten uns nicht nur zum „gleichen Geschäft wie gewohnt“ erholen, sondern besser und grüner wieder auf die Beine kommen.** Dies betrifft alle Bereiche des öffentlichen Lebens, einschließlich Finanzierung und politische Sanierungsmaßnahmen, Stadt- und Regionalplanung, persönliche Gesundheit, Arbeit, Produktions- und Konsumsysteme, internationale Beziehungen und vieles mehr. Deutschland und die Europäische Union setzen riesige Finanzpakete auf, um die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen (Wuppertal Institute and E3G – Third Generation Environmentalism o.D.). **Wir fordern von den Regierungen, dass alle Finanzierungen im Sinne des Klimaschutzes, gerechter und grüner Übergänge erfolgen.**

Wir drängen darauf, dass weltweit Richtlinien für eine grüne Erholung entwickelt werden, während die Länder im globalen Norden die Führung übernehmen müssen, indem sie gerechte grüne Investitionen bereitstellen und ihre Produktions- und Konsumweise ändern. Länder des Globalen Südens sollten integriert und dabei unterstützt werden, Lösungen für einen besseren Aufbau und eine bessere Erholung zu finden.

Wir fordern, dass sich die Länder auf eine regelmäßige, transparente und langfristige Dokumentation des globalen Fortschritts der grünen Erholung einigen. Wir fordern die COP26 auf, dafür einzutreten, dass alle Wiederherstellungsmaßnahmen nach der Pandemie im Einklang mit dem Pariser Abkommen stehen müssen.

4.5 Artikel 6

Artikel 6 des Pariser Abkommens ermöglicht die Zusammenarbeit zur Erreichung von NDCs und etabliert bilaterale und multilaterale marktbasierende Kooperationsmechanismen (Artikel 6.2 und 6.4) und einen nicht marktwirtschaftlichen Mechanismus gemäß Artikel 6.8 (UNFCCC 2015a: 4 f.). Marktmechanismen nach Artikel 6 wurden insbesondere von Umweltschützern im Globalen Süden scharf kritisiert, weil sie ungleiche Machtverhältnisse nicht angehen und die Verantwortung vom Globalen Norden in den Globalen Süden verlagern könnten. Artikel 6 könnte die Kommodifizierung von Gemeingütern und die Einschließung von Natur ermöglichen (vgl. ebd.). Dies würde eine Kontinuität der kolonialen Aneignung, Akkumulation und Beherrschung des Globalen Südens darstellen. Daher unterstützen wir die grundsätzliche Kritik an Marktmechanismen.

Wir sehen jedoch die Notwendigkeit, die Diskussion über Artikel 6 konstruktiv zu führen. Wir fordern, dass Artikel 6 zumindest (1) Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung, (2) Umweltintegrität und (3) Anpassungsfinanzierung sicherstellt.

Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung

Wir fordern, dass Artikel-6-Projekte nicht zu Menschenrechtsverletzungen und insbesondere indigenen Rechtsverletzungen beitragen. Dies könnte z. B. durch Vertreibung indigener Völker durch den Bau von Staudämmen geschehen. Darüber hinaus fördert Artikel 6 ausdrücklich die nachhaltige Entwicklung. Vielfältige und indigene Ansätze statt verallgemeinerter und aufgezwungener Lösungen, die problematische Muster reproduzieren, müssen frühzeitig ganzheitlich in die Projektplanung einbezogen werden. Insbesondere **fordern wir die aktive Beteiligung indigener Gemeinschaften und lokaler Bevölkerungen an der Projektentwicklung.**







Darüber hinaus bedarf es einer vertraglich festgeschriebenen Achtung der Menschenrechte sowie der Einrichtung eines transparenten, unabhängigen, fairen, zugänglichen, legitimen und menschenrechtsbasierten Beschwerdeverfahrens. Dies könnte im Zusammenhang mit Schutzmaßnahmen und Schutzinformationssystemen geschehen; Beispiele aus dem Kontext der UNFCCC sind das

Warschauer Rahmenwerk zur Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradation (REDD+) (UNFCCC o.D.[a]).

Umweltintegrität

Marktmechanismen bergen das Risiko, dass nur heiße Luft verkauft wird und die Emissionen steigen statt sinken. Um dies zu vermeiden, muss **Umweltintegrität ernst genommen werden, damit Artikel 6 wesentlich zu einer Welt unter 1.5 °C beitragen kann**. Marktmechanismen sollten nicht nur als Ausgleichsmechanismen von Einzelpersonen, Unternehmen und verstanden werden Staaten, weil so schnell wie möglich maximale Anstrengungen zur Reduzierung der Emissionen an allen Orten erforderlich sind.

Alle hier formulierten Anforderungen an Artikel 6 müssen für die bilateralen Mechanismen nach Art. 6 gelten. 6.2 sowie zu den multilateralen nach Art. 6.4. Folgende Anforderungen sind notwendig:

-  **Keine Doppelzählung von Emissionsminderungen** - Gehandelte Emissionsminderungen dürfen nur auf die NDCs des Käufers angerechnet werden (Stichwort: „entsprechende Anpassungen“).
-  **Kein Sparhandel, der sowieso realisiert worden wäre** - Artikel 6 soll nur „hochhängende Früchte“ greifbar machen.
-  **Vermeiden Sie, dass Länder ihre NDCs künstlich niedrig halten**, um mehr Emissionen verkaufen zu können.
-  Baselines müssen auf faire, transparente und ehrgeizige Weise festgelegt werden.
-  Ein reibungsloser Übergang vom Clean Development Mechanism zu den Marktmechanismen nach Artikel 6 muss gewährleistet sein.
-  Marktmechanismen unter 6.2 und 6.4 müssen zur Gesamtminderung der Treibhausgasemissionen (OMGE) beitragen deshalb fordern wir, dass 50% der gehandelten Emissionszertifikate stillgelegt werden („Annullierungsquote“).

Zusammenfassend sollten **alle Marktmechanismen strengen Regulierungen unterliegen**. Die San Jose-Prinzipien bieten bereits einen guten Anfang. Allerdings gibt es in dieser Phase noch zu viele Fragen der Umweltintegrität.

Nicht markt-basierte Mechanismen

Artikel 6.8 des Pariser Abkommens sieht nicht markt-basierte Mechanismen für die Zusammenarbeit bei der Erreichung von NDCs ohne Handel mit Emissionszertifikaten vor. Vor dem Hintergrund der Kritik an Marktmechanismen **begrüßen wir ausdrücklich Artikel 6.8**. Allerdings ist die konkrete Ausgestaltung dieses Artikels an dieser Stelle unklar. **Wir fordern daher eine spezifische nicht-marktorientierte Zusammenarbeit gemäß Artikel 6.8, um zu einer zusätzlichen Klimafinanzierung und insbesondere zur Anpassungsfinanzierung beizutragen. Artikel 6.8 sollte Synergien mit anderen Nachhaltigkeitszielen aktiv fördern**, beispielsweise durch die Unterstützung naturbasierter Lösungen.

Anpassungsfinanzierung

Artikel 6.6 soll sicherstellen, dass „ein Teil der Einnahmen aus Tätigkeiten im Rahmen des in Absatz 4 genannten Mechanismus zur Deckung der Verwaltungskosten sowie zur Unterstützung von Entwicklungsland-Parteien verwendet wird, die den nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels besonders ausgesetzt sind“.

Da die Klimakrise insbesondere den Globalen Süden bereits betrifft, kommt der Anpassungsfinanzierung eine wesentliche Bedeutung für die Klimagerechtigkeit zu. **Wir fordern daher mindestens 10 % der Erlöse aus Emissionsgutschriften für Art. 6.2 oder Art.-Nr. 6.4 Projektstätigkeit sowie die Überschüsse aus Verwaltungsausgaben, die in die Anpassungsfinanzierung fließen.**

4.6 Action for Climate Empowerment

Action for Climate Empowerment (ACE) und alle sechs Elemente des Doha-Arbeitsprogramms (DWP) (Bildung, Ausbildung, Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen, öffentliches Bewusstsein, Öffentlichkeitsbeteiligung und internationale Zusammenarbeit) sind der Schlüssel zu demokratischen und integrativen Klimaschutzmaßnahmen (UNFCCC 2012: 6 f.).

Hin zu einem verbesserten Arbeitsprogramm

Wir schätzen die detaillierte Überprüfung des Doha-Arbeitsprogramms im Jahr 2020 (UNFCCC 2021d). Die COP26 muss auf dem informellen Vermerk des SBI-Vorsitzenden und des SBI-Co-Facilitators aufbauen, um die Beiträge der Interessenträger in die Fortsetzung und Verbesserung des Arbeitsprogramms einzubeziehen (UNFCCC 2021a). **Wir erwarten auch Strategien zur Einbindung subnationaler ACE-Akteur:innen, insbesondere von gefährdeten und marginalisierten Gemeinschaften (UNFCCC 2021a).**

Das neue Arbeitsprogramm folgt vorzugsweise einem 8-Jahres-Zeitrahmen mit einer Halbzeitüberprüfung in Übereinstimmung mit bestehenden internationalen Programmen (z. B. den SDGs und NDCs), damit alle relevanten Informationen für anstehende Entscheidungen im Jahr 2030 vorliegen (Caprini u. a. o.D.: 12).

Nationale Pläne und verbindliche Ziele sollten mit international vereinbarten Metriken zur Verfolgung der Umsetzung und Berichterstattung über den Fortschritt untermauert werden (Caprini u. a. o.D.: 7). Wir fordern, dass ACE eine Querschnittspriorität in der Klimapolitik und im Klimaschutz ist – erleichtert durch eine stärkere nationale institutionelle Koordination.







Harmonisierung einer langfristigen und kurzfristigen Vision für ACE auf allen Ebenen

Was ACE im Allgemeinen betrifft, **unterstützen wir eine langfristige Vision, die durch kurzfristige Aktionspläne unterstrichen wird, die auf transformativen Kapazitätsaufbau, wissenschaftsbasierte Ansätze und Menschenrechtsorientierung hinarbeiten (UNFCCC 2021b: 2).** Über nationale Maßnahmen hinaus sollten internationale und regionale Normen und Vorschriften das Wort für ACE-Aktivitäten legen. Beispielsweise kann ein europäischer Aktionsplan Ressourcen effizient über Grenzen hinweg verteilen und multinationale Ambitionen stärken.

Wir schätzen die Initiative eines Europäischen Klimapaktes (European Commission 2020). **Wir fordern, dass sich EU-Institutionen und -Organisationen bemühen, bestehende Programme auf EU-**

Ebene mit nationalen und internationalen Programmen zu harmonisieren, um eine breitere Wirkung zu erzielen.

Auf allen Ebenen des Engagements und der Diskussion sollten Jugendliche bewusst in die ACE-Prozesse einbezogen werden. Wir erkennen den Erfolg des ACE-Jugendforums 2021 an, das zu innovativen Ideen geführt hat (ACE Youth Forum 2021):

-  einen Aktionsplan für das nächste ACE-Arbeitsprogramm.
-  eine ACE-Task-Force mit Expert:innen von Parteien und Nichtparteien-Stakeholdern.
-  ein virtueller Marktplatz für eine ausgewogene Finanzierung von ACE-Projekten und die Überwachung der Finanzströme.
-  Unterstützung für ACE National Focal Points.
-  nationale ACE-Jugendkontaktstellen.
-  ist eine globale Plattform, die von der UNFCCC gehostet wird und alle ACE-bezogenen Probleme verbindet.

Auf der COP26 erwarten wir, dass die Vertragsparteien entscheiden, was in ein **neues Arbeitsprogramm** aufgenommen werden soll, und **Beobachterorganisationen einbeziehen**, um die Zukunft von Action for Climate Empowerment so aufzubauen, wie wir es sind, und für die Stärkung der Menschen einzutreten.

4.7 Gender

Eine gendersensible und intersektionale Sichtweise kommt in der aktuellen Klimapolitik noch viel zu kurz. Gerade in einer komplexen und vielschichtigen Klimaschutzdebatte sind jedoch vielfältige Perspektiven notwendig.

Die Klimakrise ist eine Krise sozialer Ungerechtigkeit, da sie bestehende Ungerechtigkeiten festigt und verstärkt. Die global und strukturell vorherrschende Diskriminierung des nicht-männlichen Geschlechts ist eine davon. Daher ist es elementar, dass die Klimapolitik die Gender-Perspektive berücksichtigt und die Wirkungen von Maßnahmen stets auf ihre Gender-Sensibilität überprüft. **Wir fordern daher, dass die Vertragsparteien der COP26 ihre Verpflichtung bekräftigen, „wenn sie Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergreifen, die Gleichstellung der Geschlechter [und] die Stärkung von Frauen respektieren, fördern und berücksichtigen“** (UNFCCC 2015b: 2).

Nicht-männliche Geschlechter sind von der Klimakrise besonders betroffen

Frauen¹¹ sind stärker von den Folgen der Klimakrise betroffen, weil sie bereits durch Ungleichheiten benachteiligt sind. Dadurch sind Frauen anfälliger für extreme Wetterereignisse, Hungersnöte oder andere durch die Klimakrise ausgelöste Katastrophen (Oxfam International 2005). Dies ist insbesondere im Globalen Süden der Fall. Hier stehen Frauen oft am Ende der Informationskette; Mädchen sind

¹¹Disclaimer: In diesem Abschnitt, wie in fast allen anderen, beziehen wir uns als Datengrundlage auf das biologische Geschlecht und damit auf die Einteilung in männlich und weiblich. Wenn wir hier von Frauen sprechen, dann wegen der Datenbasis. Allerdings sind alle FLINTA+ Personen von Diskriminierung und anderen genannten Benachteiligungen betroffen.

die ersten, die von der Schule genommen werden, wenn das Geld durch Missernten sinkt, und sind dafür verantwortlich, sich um Kinder und Schwache zu kümmern, wenn sie fliehen (Nellemann u. a. 2011). Als Konsequenz fordern wir, dass die unterschiedliche Intensität der Vulnerabilität, die durch das Geschlecht der Menschen beeinflusst wird, ein wesentlicher Faktor in der Diskussion und den letztendlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise sein muss. Dies muss insbesondere die Grundlage aller Maßnahmen in Klimaanpassungs- und L&D-Prozessen sein.

Wir fordern, dass die Gender-Perspektive in allen Bereichen der UNFCCC-Prozesse berücksichtigt wird und die Vertragsparteien dies konsequent in ihrer nationalen Klimapolitik umsetzen. Wir erwarten, dass die EU eine starke Stimme für eine gendersensible Klimapolitik ist und Deutschland die EU dabei unterstützt, eine Gender-Perspektive in den Klimaprozessen sichtbar zu machen. Darüber hinaus erwarten wir, dass Deutschland Gender-Sensibilität konsequent in die eigene Klimapolitik integriert und den Zusammenhang mit dieser Perspektive in seinen offiziellen Dokumenten explizit deutlich macht.

Quantitative Teilnahme von Menschen mit nicht-männlichen Geschlechtern

Frauen sind quantitativ weniger an Klimaprozessen beteiligt. Wie der aktuelle Bericht zur Geschlechterzusammensetzung des UNFCCC-Sekretariats zeigt, besetzen Frauen im Durchschnitt nur 33 % aller Positionen in den beratenden Gremien. Es gibt keine Parteidelegation, in der Frauen in irgendeiner Altersgruppe mehr als 43 % der Leiter und stellvertretenden Leiter stellen (UNFCCC 2021c). Dies bezieht sich sowohl auf die UNFCCC und andere klimapolitische Prozesse als auch auf die Expert:innen bzw. die Organisationen, aus denen das Wissen generiert wird, auf das in den Prozessen zurückgegriffen wird. Da die Klimakrise die Gesellschaft insgesamt betrifft, müssen ihre Perspektiven auch in den UNFCCC-Prozessen vertreten sein.

Wir fordern, dass die Zusammensetzung der am klimapolitischen Prozess Beteiligten sowie die Orte, an denen externes Wissen genutzt wird, möglichst geschlechtergerecht sein müssen. Die Einbeziehung und das Engagement von Gender-Expert:innen, einschließlich Frauen und geschlechterbezogenen Gruppen, sowie nationaler Gender-Maschinerien (McBride u. a. 2011)¹² muss sichergestellt werden, beispielsweise bei der Aktualisierung und Umsetzung von NDCs (**WGG2021**).

Kampf gegen männliche Normen als Grundlage der Klimapolitik

Wir leben in einer patriarchalischen Gesellschaft. Dieses Denkmuster spiegelt sich überall in unserer Gesellschaft, in unserem Handeln und natürlich auch in unserer Klimapolitik wider. Für einen Wandel, den wir im Kampf gegen die Klimakrise anstoßen müssen, müssen wir auch diesen Punkt überdenken. Wir müssen hinterfragen, inwieweit unser Standard, unsere Normalität von patriarchalen Denkmustern geprägt ist und aktiv daran arbeiten, diese abzubauen. Um gender- und genderkritische Normen in allen Bereichen der internationalen Klimapolitik zu verankern, ist es wichtig, **Wissen und Bewusstsein für die Verankerung männlicher Normen zu schaffen. Daher ist an dieser Stelle ein stärkerer Fokus auf den Aufbau von Kapazitäten erforderlich. Dazu gehört auch, dass das Sekretariat aktiv eingreift, um der Perpetuierung männlicher Normen entgegenzuwirken.**

¹²Der Begriff Gender-Maschinerie bezieht sich normalerweise auf formelle Regierungsstrukturen, die der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und/oder der Verbesserung der Status und Rechte von Frauen.

Know-how geschlechtersensibel aufbauen

Wissen, das die Grundlage unserer klimapolitischen Maßnahmen bildet, muss vielfältig sein und darf nicht nur aus männlicher Perspektive entstehen. Wenn die Entscheidungsgrundlagen an der Lebenswirklichkeit von Männern liegen oder die verwendeten Daten nicht geschlechtersensibel erhoben und ausgewertet werden, besteht die Gefahr, dass sich geschlechterblinde Politiken und Maßnahmen weiter verfestigen. Alle Stakeholder müssen ständig und permanent danach streben, Entscheidungen auf möglichst breite und unterschiedlichste Daten zu stützen. Dafür sind Bemühungen wichtig, die bestehende Datenbasis anzupassen und bei Datenlücken eine geschlechtersensible Datenerhebung zu fördern. **Die Gleichstellung der Geschlechter sollte als Querschnittselement in der Klimapolitik betrachtet werden, beispielsweise durch die Sammlung von nach Geschlecht und Geschlecht aufgeschlüsselten Daten in Bezug auf bestimmte Sektoren, um vorrangige Maßnahmen zu unterstützen (WGG2021). Wir fordern, dass sich die EU-Delegation bei allen UNFCCC-Prozessen bemüht sicherzustellen, dass das verwendete Wissen geschlechtersensibel ist oder auf geschlechtersensiblen Daten basiert. Wo dies aufgrund fehlender Daten nicht möglich ist, erwarten wir Bemühungen, diese Datenlücken so schnell wie möglich zu schließen.**

Fortschritte im Rahmen des Gender-Aktionsplans der Arbeitsprogramme von Lima

Ein wichtiges Ergebnis der COP25 war die Annahme des aktualisierten 5-Jahres-Gender Action Plans (GAP). Wir fordern, dass das Arbeitsprogramm von Lima konsequent umgesetzt wird. Um den Fortschritt auf dem Weg zum GAP zu beschleunigen, muss die COP26 Entscheidungen oder Schlussfolgerungen liefern, um den Fortschritt voranzutreiben. Wir unterstützen die von der Women and Gender Constituency (WGC) formulierten Forderungen, darunter, dass die Vertragsparteien den Workshop zur Rolle der Nationalen Gender and Climate Change Focal Points (NGCCFPs) abschließen, um eine Struktur für die GAP-Überprüfung im Jahr 2022 festzulegen, Leitlinien zur Integration einer Gender-Perspektive in die Prozesse von konstituierten Gremien und eine Überprüfung der Einbeziehung von Gender-Aspekten in neue und aktualisierte NDCs. Wir unterstützen, dass der GAP auf der COP26 über alle Entscheidungsbereiche hinweg verknüpft wird (WGG2021).

4.8 Lokale Gemeinschaften und indigene Völker

Lokale Gemeinschaften und indigene Völker (LCIP) stehen an vorderster Front der Klimakrise. Sie gehören zu den ersten, die bereits und zunehmend vom Klimawandel betroffen sind. Wichtig ist, dass indigene Völker Agenten des Umweltschutzes sind und daher viele Lösungen für die Krise, in der wir uns als Menschheit befinden, z.B. auf Anpassungsstrategien.

Wir fordern, dass indigenes und lokales ökologisches Wissen in alle Entscheidungsprozesse einbezogen wird und dass die Ergebnisse der jüngsten Treffen der Local Communities and Indigenous Peoples Platform (LCIPP) von der COP26 anerkannt und begrüßt werden (UNFCCC 2021e). Darüber hinaus fordern wir, dass indigene Jugendliche und Frauen als aktive Partner in Aktivitäten und Arbeitskreise der Facilitative Working Group des LCIPP eingebunden und mit Kapazitätsaufbau und Finanzierung ausgestattet werden.

Die Parteien müssen **die Beiträge indigener und lokaler Gemeinschaften anerkennen und ihre Ermächtigung und Beteiligung an allen Entscheidungsprozessen sicherstellen.** Dazu gehört die Überwindung der Sprachbarriere in internationalen Prozessen für indigene Völker. **Professionelle Dolmetschung muss bei allen Sitzungen zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern die EU und**

Deutschland auf, sich nachdrücklich für die Anerkennung und Einbeziehung lokaler Gemeinschaften und indigener Völker in die internationalen klimapolitischen Prozesse und darüber hinaus einzusetzen.

4.9 Angelegenheiten der Least Developed Countries

In Angelegenheiten der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) **fordern wir die Parteien auf, mehr Mittel für den LDC-Fonds bereitzustellen und sich auf zusätzliche Sitze für die am wenigsten entwickelten Länder in der Expert:innengruppe für die am wenigsten entwickelten Länder (LEG) zu einigen.** Darüber hinaus fordern wir eine Mandatsverlängerung und Finanzierung der LEG. Darüber hinaus sollten LDC-Vertretern Plattformen zur Verfügung gestellt werden, um ihre Erfahrungen und Ideen in die Entscheidungsfindung einfließen zu lassen, da sie von diesen Entscheidungen am stärksten betroffen sind und lokales Wissen für Lösungen besitzen. Wir bitten die EU und Deutschland, diese Maßnahmen politisch und finanziell nachdrücklich zu unterstützen.

4.10 Internationale Klimaprozesse nach 2021

Zugänglichkeit und Inklusivität der Klimaverhandlungen

Aufgrund der aktuellen Pandemie ist die Zugänglichkeit und damit Inklusivität der Klimaverhandlungen noch dringlicher als früher. Obwohl die COP26-Präsidentschaft die „inklusive COP aller Zeiten“ (Brooks 2021) versprochen hat, wird die Einreise nach Großbritannien schwierig sein, insbesondere für Menschen aus Ländern des Globalen Südens, die größtenteils auf der roten Liste von COVID-19 des Vereinigten Königreichs stehen und Quarantäne benötigen (UN COP26 2021).

Wir kritisieren nachdrücklich, dass COPs es weiterhin versäumen, in Bezug auf die Sprache integrativ zu sein. Viele der am stärksten Ausgegrenzten - wenn sie es zur COP schaffen - haben mit **Sprachbarrieren** zu kämpfen, z.B. Vertreter der Ureinwohner Lateinamerikas. **Wir fordern die derzeitige britische Präsidentschaft und die kommenden Präsidentschaften auf sicherzustellen, dass nicht nur die Plenarsitzungen, sondern alle Verhandlungen und Nebenveranstaltungen in die UN-Sprachen übersetzt werden.** Großbritannien muss noch Konzepte zu folgenden Problemen liefern: Anwesenheit von Menschen ohne Impfung, Tests, Quarantäne (und deren finanzielle und zeitliche Kosten), bezahlbare Unterkunft, Visum etc. Zusätzlich müssen einfache Tests vor Ort bereitgestellt werden (Brooks 2021). Jugendbeteiligung ist nicht nur eine Frage der Repräsentation, sondern auch der Inklusion und Zugänglichkeit.

Junge Klimaaktivist:innen engagieren sich hauptsächlich ehrenamtlich und sind Studenten, viele arbeiten, können sich aber keine Auszeiten für die Teilnahme oder Teilnahme leisten und haben keine Zeit zum Arbeiten. Dies benachteiligt Jugendliche im Gegensatz zu vielen anderen Akteur:innen, die von Institutionen entsandt und bezahlt werden. Wenn Jugendvertreter aus allen Ländern der Welt, insbesondere aus dem Globalen Süden, teilnehmen sollen, **wird die Parteien dringend aufgefordert, uns zu finanzieren, damit nicht nur die Privilegierten an internationalen Klimaprozessen teilnehmen können. Darüber hinaus müssen Abzeichen nur für Jugendliche** über YOUNGO, den offiziellen Jugendwahlkreis, bereitgestellt werden. **Wir appellieren an das UNFCCC-Sekretariat, die COP-Präsidentschaft und alle Parteien, dass COPs für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein müssen.** Dazu gehören Leitsysteme für Blinde, Gebärdensprache bei allen Veranstaltungen und zusätzliche Abzeichen für Assistenzpersonen.

Eine neue Vision für die internationale Klimapolitik

2022 beginnt endlich die Umsetzungsphase des Pariser Abkommens. Wir brauchen Visionen für die internationale Klimapolitik und das Handeln für die Zeit nach der COP26. Die Vertragsparteien müssen anerkennen, dass CO₂-Neutralität bis 2050, ein 1.5°C-konformer Weg und eine klimaresistente Zukunft nur durch kontinuierliche globale und gemeinsame Anstrengungen erreicht werden können. **Der globale Wettlauf um die Integrität von Paris muss beispiellose Aktionen und Führung entfalten.**

Um in den internationalen Prozessen voranzukommen, müssen alle im Pariser Regelwerk eingegangenen Verpflichtungen rasch in regionale und nationale Regelungen umgesetzt werden. Die Mechanismen von z.B. Kunst. 6 des Pariser Abkommens und WIM sollen dazu genutzt werden, die internationale Zusammenarbeit für den Klimaschutz nachhaltig zu stärken. Effizienz und Wirksamkeit der Mechanismen müssen durch Transparenz, Rechenschaftspflicht, klare Zielvorgaben, Monitoring und Berichterstattung sowie Messung mit Indikatoren sichergestellt werden. **Angelegenheiten der Klimagerechtigkeit und L&D müssen verstärkt in den Fokus gerückt sowie die Struktur, Effizienz und Effektivität des WIM verbessert werden.**

Überdenkt die Rolle der COPs

Wir sind davon überzeugt, dass **die Zeit zwischen den Runden der globalen Bestandsaufnahme und der Einreichung von erweiterten NDCs genutzt werden muss, um Verpflichtungen zu überarbeiten und zu erneuern, um potenzielle Lücken im Pariser Regelwerk zu identifizieren und zu schließen, um einen verstärkten Fokus auf das Dringen zu legen und übersehene Themen** wie die Zukunft der Klimafinanzierung, Anpassung, Katastrophenrisikomanagement, L&D, Beschleunigung des globalen Übergangs zu erneuerbaren Energien, kohlenstoffarme Entwicklung, globale Innovation und Technologietransfer auf eine Weise, die keine neuen Abhängigkeiten schafft sondern unterstützt vielmehr die Emanzipation der Länder des Globalen Südens.

Zeit und Raum müssen erhöht werden für bilaterale Treffen, Koalitionen, Partnerschaften, überregionale Netzwerke, Treffen von UNFCCC-Nachgeordnetengremien und Beiträge der Zivilgesellschaft, insbesondere der Jugend, der Wissenschaft und der privaten Akteur:innen wie Denkfabriken **um Gespräche zu fördern und bündeln Sie Ihre Kräfte.** Wir schlagen vor, dass **COPs einen zentralen Raum schaffen, in dem Staaten und andere Akteur:innen Best Practices präsentieren, neue Zusagen und Initiativen vorlegen.**

Verstärkte und kontinuierliche Jugendbeteiligung

Unter der Prämisse von ACE muss **Jugendliche noch direkter in die Politikgestaltung für die Zeit nach 2021 auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene eingebunden werden.** Wir wollen keine Jugendgipfel mehr, bei denen junge Leute nur untereinander reden. Ein Platz am Tisch bedeutet nicht, an einem separaten Kindertisch Platz zu nehmen. Beteiligung bedeutet nicht, nur eingeladen zu werden, wenn die meisten Entscheidungen bereits getroffen sind, **wir fordern die Parteien vielmehr auf, die Jugend von Anfang an und kontinuierlich in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, zum Beispiel in den internationalen, regionalen oder nationalen Beiräten zu NDC Weiterentwicklung und Umsetzung.** Es gibt viele junge Leute in YOUNGO, die als Expert:innen auf ihrem jeweiligen Gebiet fungieren können und bereit sind, ihren Input und Feedback zu geben.

Wir fordern von der EU und der deutschen Delegation eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an der internationalen Klimapolitik, aber auch auf nationaler und europäischer Ebene bis hin zu globalen Gesprächen. Junge Menschen sind diejenigen, die mit der Zukunft leben werden,

die wir jetzt gestalten, also müssen sie an der Entscheidungsfindung teilnehmen. Wir fordern von der COP26, die Inklusivität und Zugänglichkeit der Klimaverhandlungen zu erleichtern – jetzt und in Zukunft.

Quellenverzeichnis

- ACE Youth Forum (2021). **Action for Climate Empowerment Youth Forum. Impact Report**. URL: https://ea1d58b5-d301-4826-859a-7c572eabd659.filesusr.com/ugd/30c7ed_27a3059cd6de47e7b8fbbb73ee731b8b.pdf. (accessed 07 October 2021).
- Brooks, Libby (2021). **Scottish campaigners condemn COP26 as 'the most exclusionary ever'**. URL: <https://www.theguardian.com/environment/2021/sep/09/scottish-campaigners-condemn-cop26-as-the-most-exclusionary-ever-accommodation>. (accessed 07 October 2021).
- Caprini, A. u. a. (o.D.). **Future Pathways for Action for Climate Empowerment (ACE)**. URL: <https://edepot.wur.nl/534181>. (accessed 18 September 2021).
- Climate Action Network (2021a). **Call for Action on the operationalisation of an effective Santiago Network on Loss and Damage**. URL: https://climatenetwork.org/wp-content/uploads/2021/04/Call-for-Action_Santiago-Network-on-Loss-and-Damage_April-2021-17.pdf. (accessed 07 October 2021).
- (2021b). **CAN Intervention: Sources of input for the Global Stocktake under the Paris Agreement**. URL: <https://climatenetwork.org/resource/can-intervention-sources-of-input-for-the-global-stocktake-under-the-paris-agreement-june-2021/>. (accessed 07 October 2021).
- Climate Action Tracker (2021a). **CAT Climate Target Update Tracker**. URL: <https://climateactiontracker.org/climate-target-update-tracker/>. (accessed 07 October 2021).
- (2021b). **Fair share**. URL: <https://climateactiontracker.org/methodology/cat-rating-methodology/fair-share/>. (accessed 07 October 2021).
- (2021c). **The CAT Thermometer**. URL: <https://climateactiontracker.org/global/cat-thermometer/>. (accessed 07 October 2021).
- Dorninger, Christian und et al. (2021). "Global patterns of ecologically unequal exchange: Implications for sustainability in the 21st century". In: **Ecological Economics** 179. URL: <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0921800920300938>. (accessed 07 October 2021).
- European Commission (2020). **Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the regions. European Climate Pact, COM(2020) 788 final**. URL: <https://europa.eu/climate-pact/system/files/2020-12/20201209%20European%20Climate%20Pact%20Communication.pdf>. (accessed 14 September 2021).
- Friedlingstein, Pierre und et al. (2020). "Global Carbon Budget 2020". In: **Earth System Science Data** 12.4, S. 3269–3340. URL: <https://doi.org/10.5194/essd-12-3269-2020>. (accessed 07 October 2021).
- Friedrich, J., M. Ge und A. Pickens (2020). **This Interactive cart shows changes in the World's Top Ten Emitters, World Resources Institute**. URL: <https://www.wri.org/insights/interactive-chart-shows-changes-worlds-top-10-emitters>. (accessed 07 October 2021).
- Ganti, Gaurav (o.D.). **Coal phase-out, Climate Analytics**. URL: <https://climateanalytics.org/briefings/coal-phase-out/>. (accessed 07 October 2021).
- Hans, F., S. Mooldijk und C. Fyson (2021). **What makes a good national net zero target? Our ten-step evaluation methodology, explained, Climate Action Tracker**. URL: <https://climateactiontracker.org/blog/what-makes-a-good-national-net-zero-target-our-ten-step-evaluation-methodology-explained/>. (accessed 07 October 2021).
- Hickel, Jason (2021). "The anti colonial politics of degrowth". In: **Political Geography** 88. URL: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0962629821000640>. (accessed 07 October 2021).

- International Organization for Migration (2014). ***IOM Outlook on Migration, Environment and Climate Change***. Geneva. URL: <https://publications.iom.int/books/iom-outlook-migration-environment-and-%20climate-change>. (accessed 07 October 2021).
- IPCC (2018). "Summary for Policymakers". In: ***Global warming of 1.5 °C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5 °C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty, In Press***. URL: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/05/SR15_SPM_version_report_LR.pdf. (accessed 07 October 2021).
- (2021). "Summary for Policymakers." In: ***Climate Change 2021: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge University Press***. URL: https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/downloads/report/IPCC_AR6_WGI_SPM.pdf. (accessed 07 October 2021).
- IRENA (2019). ***Global Energy Transformation. A roadmap to 2050, 2019 edition, Abu Dhabi***. URL: <https://www.irena.org/publications/2019/Apr/Global-energy-transformation-A-roadmap-to-2050-2019Edition>. (accessed 07 October 2021).
- Islam, N. und W. John (2017). ***Climate Change and Social Inequality, DESA Working Paper (No. 152), UN Department of Economic & Social Affairs***. URL: https://www.un.org/esa/desa/papers/2017/wp152_2017.pdf. (accessed 07 October 2021).
- Loss and Damage Youth Coalition (2019). ***Youth Demands for the G7 Summit***. URL: <https://ldyouth.org/2021/06/10/youth-demands-for-the-g7-summit/>. (accessed 07 October 2021).
- McBride, D. und A. Mazur (2011). ***Gender Machineries Worldwide, World Development Report 2012. Gender Equality and Development, World Bank***. URL: <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/9118/WDR2012-0013.pdf?sequence=1%5C&isAllowed=y>. (accessed 07 October 2021).
- Nellemann, C., R. Verma und L. Hislop (2011). ***Women at the frontline of Climate Change. Gender Risks and Hopes. A rapid response assessment, United Nations Environment Programme***. URL: https://gridarendal-website-live.s3.amazonaws.com/production/documents/:s_document/165/original/rra_gender_screen.pdf?1484143050. (accessed 07 October 2021).
- OECD (2016). ***2020 projections of Climate Finance towards the USD 100 billion goal: Technical note***. URL: <https://www.oecd.org/environment/cc/Projecting%20Climate%20Change%202020%20WEB.pdf>. (accessed 07 October 2021).
- Oxfam International (2005). ***The tsunami's impact on women, Oxfam Briefing Note***. URL: <https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/115038/bn-tsunami-impact-on-women-250305-en.pdf>. (accessed 07 October 2021).
- Ritchie, Hannah (2019). ***Who has contributed most to global CO2-emissions?, Our World in Data***. URL: <https://ourworldindata.org/contributed-most-global-co2>. (accessed 07 October 2021).
- Rogelj, J. u. a. (2021). "Net-zero emissions targets are vague: three ways to fix". In: ***Nature***. URL: <https://www.nature.com/articles/d41586-021-00662-3>. (accessed 07 October 2021).
- Schäfer, L. und V. Künzel (2019). ***Steps towards closing the Loss&Damage finance gap. Recommendations for COP25, Germanwatch***. URL: https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/Policy%20Briefing_Steps%20towards%20closing%20the%20Loss%26Damage%20finance%20gap_0.pdf. (accessed 07 October 2021).
- Sealey-Huggins, Leon (2017). "'1.5 °C to stay alive': climate change, imperialism and justice for the Caribbean". In: ***Third World Quarterly*** 38.11, S. 2444–2463.

- UN COP26 (2021). **Delegates**. URL: <https://ukcop26.org/the-conference/delegates/>. (accessed 07 October 2021).
- UNFCCC (2012). **Article 6 of the Convention. Draft conclusions proposed by the Chair**. URL: <https://unfccc.int/resource/docs/2012/sbi/eng/l47.pdf>. (accessed 14 September 2021).
- (2015a). **Paris Agreement**. URL: https://unfccc.int/files/meetings/paris_nov_2015/application/pdf/paris_agreement_english_.pdf. (accessed 07 October 2021).
 - (2015b). **Warsaw Framework for REDD-plus**. URL: <https://unfccc.int/topics/land-use/resources/warsaw-framework-for-redd-plus>. (accessed 15 September 2021).
 - (2021a). **Co-facilitators' note on possible elements of the review of the Doha work programme on Article 6 of the Convention and future work on the implementation of Action for Climate Empowerment**. URL: https://unfccc.int/sites/default/files/resource/Inf.note_ACE%20.pdf. (accessed 14 September 2021).
 - (2021b). **Full NDC Synthesis Report: Some Progress, but Still a Big Concern, UN Climate Press release**. URL: <https://unfccc.int/news/full-ndc-synthesis-report-some-progress-but-still-a-big-concern>. (accessed 15 September 2021).
 - (2021c). **Overview of the Nairobi work programme**. URL: <https://unfccc.int/topics/adaptation-and-resilience/workstreams/nairobi-work-programme-nwp/overview-of-the-nairobi-work-programme>. (accessed 07 October 2021).
 - (2021d). **Review of the Doha work programme on Article 6 of the Convention. Informal note by the chair**. URL: <https://unfccc.int/sites/default/files/resource/IN.SBI2021.18a.pdf>. (accessed 14 September 2021).
 - (2021e). **Summary of the work of the constituted bodies during the first half of 2021 input to the Informal Dialogue with the constituted bodies**. URL: https://unfccc.int/sites/default/files/resource/KCI%20_%20FWG_summary%20of%20work%20in%202021.pdf. (accessed 07 October 2021).
 - (o.D.[a]). **Warsaw Framework for REDD+**. URL: <https://unfccc.int/topics/land-use/workstreams/redd/what-is-redd>. (accessed 09 October 2021).
 - (o.D.[b]). **Warsaw International Mechanism for Loss and Damage associated with Climate Change Impacts and its 2019 review**. URL: https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cma2_auv_6_WIM.pdf. (accessed 07 October 2021).
- United Nations (2020). **Delivering on the 100 Billion Climate Finance Commitment and transforming Climate Finance**. URL: https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/100_billion_climate_finance_report.pdf. (accessed 09 October 2021) September 2021).
- United Nations Environment Programme (2021). **Adaptation Gap Report 2020, Nairobi**. URL: <https://www.unep.org/resources/adaptation-gap-report-2020>. (accessed 07 October 2021).
- Worldometer (2016). **CO2 Emissions per Capita, Worldometer**. URL: <https://www.worldometers.info/co2-emissions/co2-emissions-per-capita/>. (accessed 07 October 2021).
- Wuppertal Institute and E3G – Third Generation Environmentalism (o.D.). **Green Recovery Tracker. Why it matters**. URL: <https://www.greenrecoverytracker.org/why-it-matters>. (accessed 07 October 2021).
- Yanguas Parra, P. und et al. (2019). **Global and regional coal phase-out requirements of the Paris Agreement: Insights of the IPCC Special Report on 1.5 C, Climate Analytics**. URL: https://climateanalytics.org/media/report_coal_phase_out_2019.pdf. (accessed 09 October 2021).

Impressum

Herausgeber

Klimadelegation e. V.
Sauerbruchstraße 45
45470 Mülheim an der Ruhr
policy@klimadelegation.de
www.klimadelegation.de

Autor:innen Frederike Ahrens, Bjarne Behrens, Stella Eick, Clara von Glasow, Pia Jorks, Robert Kämmer, Romie Niedermayer, Mark Offermann, Hannah-Sofie Springer, Annika Stechemesser, Lisa Steinwandel, Julius Schlumberger, Niklas Wagner, Johanna Zabel

Konsultierte Jugend-Expert:innen Saher Baig (Pakistan), Hailey Campbell (USA), Elizabeth Gulugulu (Zimbabwe), Kelly Guevara (Peru), Ati Gunnawi Viviam Misslin Villafañá Izquierdo (Community der Arhuacos, Columbia) Cathy Lee (UK/China), Sivendra Michael (Fiji), Maria Azul Schwartzman (Argentina), Tarran Simms (Bahamas), Chiagozie Udeh (Nigeria), Irfan Ullah (Pakistan)

Editor:innen Bjarne Behrens, Anna Braam, Stella Eick, Tobias Holle, Pia Jorks, Robert Kämmer

Layout Julian Hirschmann, Anna Kirchner, Julius Schlumberger

Oktober 2021 Erstveröffentlichung 15. Oktober 2021, aktuelle Version: 24. Oktober 2021

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des BMZ

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Klimadelegation e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Engagement Global gGmbH und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.